



Landtag von Baden-Württemberg

136. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. September 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 9:15 Uhr

Schluss: 13:00 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 8129
- Ergänzungen der Tagesordnung 8129, 8157
- Absetzung der Tagesordnungspunkte 2 und 5 8157, 8163
1. a) Aktuelle Debatte – **Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg** – gemeinsam beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
- b) Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – **Demokratie und Rechtsstaat verteidigen – Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in Baden-Württemberg keinen Platz!** – Drucksache 15/7421
- c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – **Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen** – Drucksache 15/7424 8129, 8159
- d) Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – **Flüchtlingspolitik – besonnenes Handeln** – Drucksache 15/7425 8157
- Abg. Claus Schmiedel SPD 8130, 8155
- Abg. Guido Wolf CDU 8132, 8149
- Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 8135, 8153
- Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 8137, 8151
- Ministerin Bilkay Öney 8140
- Ministerpräsident Winfried Kretschmann 8143
- Beschluss 8157, 8159
- Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung) 8157
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Absatz 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)** – Drucksache 15/6893
- Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/7200 abgesetzt (8157)
3. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg** – Drucksache 15/7178
- b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze** – Drucksache 15/7378
- c) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg** – Drucksache 15/7412 8157, 8159
- Abg. Volker Schebesta CDU 8157
- Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 8159
- Abg. Sascha Binder SPD 8161
- Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 8162
- Beschluss 8162

4. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums.	8162	Nächste Sitzung	8163
5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Kommunen werden bei regionaler Schulentwicklung gegeneinander ausgespielt – Regionale Schulentwicklung auf der Laihinger Alb – Drucksache 15/5225 (Geänderte Fassung)	abgesetzt (8163)	Anlage Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das nach dem Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes erstmals beim Landtag eingerichtet wird	8164

Protokoll

über die 136. Sitzung vom 23. September 2015

Beginn: 9:15 Uhr

Präsident Wilfried Klenk: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 136. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg und bitte um Nachsicht, dass wir etwas verspätet angefangen haben. Aber ich denke, wenn dies der Sache dient, soll uns allen das recht sein.

Urlaub für heute habe ich Frau Kollegin Aras, Frau Kollegin Graner und Herrn Kollegen Dr. Schmidt-Eisenlohr erteilt.

Krankgemeldet sind die Kollegen Bayer und Schoch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Staatsrätin Gisela Erler und ab 12 Uhr Herr Minister Andreas Stoch.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juli 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes – Drucksache 15/7227

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 5. August 2015 – Übersicht über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab einem Betrag von 100 000 Euro oder mehr (§ 37 Absatz 4 LHO i. V. m. § 7 Absatz 5 StHG 2013/2014) sowie Bericht des Integrationsministeriums über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten Mehrausgaben aus dem Einzelplan 15 für Ausgaben zur Flüchtlingsunterbringung (vgl. Haushaltsvermerk bei Kapitel 1503 – Ausgaben) – Drucksache 15/7287

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 12. August 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013 bis 2015 (Subventionsbericht) – Drucksache 15/7313

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

4. Mitteilung der Landesregierung vom 7. September 2015 – Mittelstandsbericht 2015 – Drucksache 15/7360

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

5. Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2015 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) – Drucksache 15/7365

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Antrag der Landesregierung vom 15. September 2015 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 15/7390

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Das Präsidium hat in seiner gestrigen Sitzung die heutige Tagesordnung um den Punkt 1 b – Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/7421 –, sowie um den Tagesordnungspunkt 3 c – Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP; Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Drucksache 15/7412 – ergänzt.

Jetzt kommt unter Tagesordnungspunkt 1 ein Buchstabe c neu dazu, ein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zur Drittstaatenregelung.

Sind Sie bei diesen drei Punkten mit der Fristverkürzung zwischen der Verteilung der Drucksache an die Fraktionen und dem Beginn der Beratung gemäß § 42 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung einverstanden? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg – gemeinsam beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

b) Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Demokratie und Rechtsstaat verteidigen – Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in Baden-Württemberg keinen Platz! – Drucksache 15/7421

c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen – Drucksache 15/7424

(Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU haben sich darauf verständigt, eine gemeinsame Aktuelle Debatte über das Thema „Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg“ abzuhalten. Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 80 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von zehn Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erhält für die SPD-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel. – Bitte schön.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die großen Flüchtlingsströme nach Europa und in Europa sind die größte Herausforderung seit Jahrzehnten für Europa, für Deutschland und natürlich auch für Baden-Württemberg. Es ist nicht einmal die große Zahl von Menschen an sich, die auf Dauer in Baden-Württemberg eine neue Heimat suchen, die uns vor große Probleme stellt. Vor schier unlösbare Aufgaben stellt uns das rasche Anwachsen der hohen Zugangszahlen. Die Zahl betrug im letzten Jahr noch 24 000, in diesem Jahr lag sie bis Mitte September bereits bei 75 000. Kein Mensch hätte gedacht, dass wir in einem einzigen Monat in diesem Jahr so viele Menschen unterbringen müssen wie im ganzen letzten Jahr zusammen.

Dass wir trotz dieser explodierenden Zugangszahlen in Baden-Württemberg bisher eine Obdachlosigkeit von Flüchtlingen vermeiden konnten, verdanken wir dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Integrationsministerium und im Innenministerium, dem Lenkungskreis, der Stabsstelle, Hunderten von Helfern bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem denen!)

dem Roten Kreuz und Tausenden von Menschen, Jung und Alt, Mann und Frau, Einheimische und Zugezogene,

(Abg. Konrad Epple CDU: Und mehr!)

die tagtäglich mit anpacken, damit Flüchtlinge, die morgens in München mit dem Zug abfahren, am Nachmittag in Baden-Württemberg eine Unterkunft und Verpflegung finden. Ihnen allen gilt unser nachdrücklicher und herzlicher Dank. Denn ohne dieses große persönliche Engagement hätten wir das nicht geschafft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

An dieser Stelle muss ich etwas zu dem sagen, was Sie, Herr Kollege Wolf, an Vorwürfen in den Raum stellen. Sie sprechen von Organisationsversagen, Ziellosigkeit, Planlosigkeit, zu geringem Ehrgeiz.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Zutreffend!)

Damit treten Sie all denen vors Schienbein, die täglich vollen Einsatz bringen, um Aufnahmestrukturen zu schaffen.

(Zurufe von der CDU)

Das haben diese Menschen nicht verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Alle tun das Möglichste, um dieser großen und stetig anwachsenden Zahl gerecht zu werden. Aber wir können das nicht auf die Schnelle in den geordneten Strukturen tun, die wir sonst in Baden-Württemberg gewohnt sind. Das kann niemand. Deshalb geht es jetzt um eines: dass man sich der Möglichkeiten bedient, die da sind, dass man Aufnahmekapazitäten schafft und gleichzeitig Strukturen aufbaut – die wir nicht mehr vorgefunden haben –: solche Strukturen in Europa, in Deutschland, aber natürlich auch in Baden-Württemberg, die dieser großen Herausforderung gerecht werden.

Da sind wir gut unterwegs, und da brauchen wir keinen Vergleich zu scheuen. Deshalb sagen wir: Wir sind sicher, dass wir das schaffen, mit Zuversicht und Realismus. Zu dieser Zuversicht gehört, dass Baden-Württemberg ein wirtschaftlich starkes Land ist, und die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs ist ungebrochen.

Zu dieser Zuversicht gehört aber auch, dass es zu unseren Grundwerten gehört, dass wir Menschen, die vor Verfolgung, Bürgerkrieg oder Krieg Schutz und Zuflucht bei uns suchen, diesen Schutz und diese Zuflucht gewähren, wie wir es auch in der gemeinsamen Resolution feststellen. Dieses Grundrecht auf Asyl ist für uns nicht verhandelbar. Wenn wir in der Flüchtlingsfrage zusammenfinden sollen, dann muss dieses Grundrecht gelten – ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieses Bekenntnis müssen wir auch von der gesamten CDU einfordern. Denn gerade aus den Reihen der CDU-Bundestagsabgeordneten und der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg werden Forderungen laut, das Grundrecht zu relativieren. Es wird der Eindruck erweckt, als könne man unsere Probleme dadurch lösen, dass man einen Deckel auf das Grundrecht machte nach dem Motto: „So viel geht, und mehr nicht.“

Dem treten wir entschieden entgegen – nicht nur, weil es in unserer Verfassung steht, sondern weil die Geschichte unseres Landes uns verpflichtet, Menschen, die Zuflucht und Schutz suchen, diesen Schutz und diese Zuflucht zu gewähren,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

die Geschichte unserer eigenen Partei, weil viele die Schrecken des Dritten Reiches nur überstanden haben, weil sie Schutz und Zuflucht in anderen Ländern gefunden haben, aber auch die schreckliche Erinnerung, dass viele dieses Asyl nicht gefunden haben und dann der Verfolgung durch die Nazis ergefallen sind. Deshalb gehört das Grundrecht auf Asyl zu den unverhandelbaren Werten unserer Verfassung und unserer Gesellschaft.

Den Rechtsaußenparteien ist das schnurz. Diese sind eh in ihrer dumpfen Art gegen Ausländer und gegen Fremde. Deshalb ist es unser aller Auftrag, nicht durch unbedachte oder gar gezielte Formulierungen fremdenfeindliche Vorurteile zu bedienen.

(Claus Schmiedel)

Ich muss Sie noch einmal ansprechen, Herr Kollege Wolf. Wer wie Sie formuliert: „Es gibt Menschen, die an unseren Wohlstand wollen“, der spaltet in Einheimische und Flüchtlinge, der unterstellt, dass unser Wohlstand durch den Zugang von Flüchtlingen gefährdet ist.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Das Gegenteil ist der Fall. Die Erfahrung aus allen Zuwanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik hat gezeigt, dass unsere Gesellschaft reicher und unsere wirtschaftliche Entwicklung besser geworden sind. Das beginnt mit der Zuwanderung der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. Das geht weiter mit der Zuwanderung der damals so genannten Gastarbeiter. Es geht weiter mit der auch derzeitigen Zuwanderung vieler Menschen aus Ländern der Europäischen Union, und es wird auch nicht anders sein, wenn die Menschen, die heute Zuflucht bei uns suchen, bei uns heimisch geworden sind. Das ist ein Gewinn für unser Land – nicht sofort, aber es ist auf Dauer ein Gewinn für unser Land und gefährdet in keinem Fall unseren Wohlstand.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie darüber hinaus formulieren, dass Menschen auch nach Deutschland kommen auf der Suche nach einem modernen Schlaraffenland, dann bedient das natürlich Vorurteile, dass Flüchtlinge zu uns kommen, um sich auf unsere Kosten in einem Schlaraffenland auszuruhen. Auch hier ist das Gegenteil der Fall. Alles, was wir wahrnehmen und hören, ist, dass diese Menschen hier arbeiten wollen, dass sie ihren Beitrag leisten wollen, dass sie von ihrer eigenen Arbeitskraft leben wollen und eben nicht alimentiert und versorgt werden wollen.

Das gilt für die Bürgerkriegsflüchtlinge; es gilt allerdings auch für die Balkanflüchtlinge. Ich erinnere nur daran, dass diejenigen, die damals, in den Neunzigerjahren, zu uns gekommen sind und dann hierbleiben durften, sich eingelebt haben und ihren wertvollen Beitrag leisten. Martin Rivoir und ich waren in Ulm bei einem Handwerksbetrieb – Kaminbau und Abgasreinigung –, und die Chefin hat sich vehement für ihre bosnischen Mitarbeiter ausgesprochen. Sie hat gesagt, wenn mal irgendjemand kommt und sagt, sie solle keine Bosnier schicken, dann fährt sie dem über den Mund, weil das ganz, ganz wertvolle Mitarbeiter sind, ohne die sie den Betrieb nicht wirklich aufrechterhalten könnte. Jedes Mal, wenn die Landschaftsgärtner ihren Parlamentarischen Abend haben, kommt der Chef der Landesinnung und sagt, wie dankbar er sei und wie wertvoll sein kosovarischer Mitarbeiter sei, der einen eigenständigen Teilbetrieb führt und ohne den er das gar nicht machen könnte. Also sollten wir nicht so tun, als wollten diese Menschen nicht bei uns arbeiten, sondern nur auf unsere Kosten leben; denn das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir gehen also mit Zuversicht an die Arbeit, aber auch mit Realismus. Dieser Realismus sagt uns, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, die stetig steigende Flüchtlingszahl zu verringern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

Das ist ein europäisches Thema; es ist eine europäische Verantwortung, Flüchtlinge an der Schengengrenze anständig unterzubringen, sie zu erfassen und sie dann gerecht in Europa zu verteilen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Der gestrige Beschluss der Innenministerkonferenz der europäischen Staaten ist ein erster Schritt, sich zu verständigen und sich auf einen Verteilmechanismus zu einigen, dem natürlich noch weitere Schritte folgen müssen. Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft müssen einen wirksamen Beitrag in den Nachbarstaaten Syriens leisten, damit die Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon und in Libyen ein erträgliches Leben führen können. Dazu gehören die Schulbildung der Kinder, die Krankenversorgung und eine angemessene Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat, dem Oberbürgermeister und allen Bürgern der Stadt Aalen bedanken, dass sie das Thema „Beschulung der syrischen Kinder“ in ihrer Partnerstadt und dort in der Region voranbringen wollen. Ich bin auch dankbar, dass wir uns in einem interfraktionellen Antrag verständigt haben, im Nachtrag einen Beitrag dazu zu leisten, dass dies wirksam möglich wird. Das ist jetzt nicht etwas, was die Welt komplett verändert, aber wir leisten damit einen Beitrag als Zeichen dafür, dass die internationale Gemeinschaft aufgerufen ist, endlich der Verantwortung in den Nachbarstaaten Syriens stärker gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abläufe in der Bundesrepublik straffen. Der Bund muss die Erstunterbringung und die Erfassung an den Grenzen gewährleisten. Wir brauchen schnellere Verfahren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer regiert denn im Bund?)

damit wir das Ziel, diejenigen in die Fläche zu verteilen, die auf Dauer hierbleiben können, und dann alles zu tun, sie schnell zu integrieren, umsetzen können und damit wir diejenigen, die aller Wahrscheinlichkeit nach kein Bleiberecht erlangen, in den zentralen Unterkünften belassen können, bis das Verfahren abgewickelt ist.

Zum Realismus gehört auch, dass nicht alle, die über den Weg des Asyls nach Deutschland kommen, in Deutschland bleiben können.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir sind jedoch froh, dass die Bundesregierung angekündigt hat, auch für Menschen aus dem Westbalkan den Erhalt eines Arbeitsvisums zu ermöglichen, damit diejenigen, die hier gebraucht werden und einen tarifgestützten Arbeitsvertrag bekommen, auch eine Chance haben, hierherzukommen und hier eine Arbeit und ein Auskommen zu finden.

Klaus Maier und ich waren bei unserem Besuch in Ellwangen u. a. in einem großen, rapide wachsenden mittelständischen Unternehmen, wo uns der Inhaber berichtet hat, der Arbeits-

(Claus Schmiedel)

markt in Ellwangen und ringsum sei leergefegt, er fahre nach Lettland und Litauen und werbe Arbeitskräfte an, die er dann vor Ort unterbringe. Warum soll jemand, der händeringend nach Arbeitskräften sucht, nicht auch die Chance haben, in Albanien, im Kosovo Arbeitskräfte zu finden und damit den Menschen eine Perspektive zu eröffnen, auf Dauer ein Auskommen für sich und ihre Familien zu finden?

Natürlich müssen wir in den Herkunftsländern von Flüchtlingen für bessere Lebensverhältnisse sorgen. Ich glaube, die Flüchtlingsbewegungen haben deutlich gemacht, dass auch die Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesrepublik einen neuen Stellenwert bekommen muss, dass man sich die Methoden der Entwicklungszusammenarbeit anschauen und vor Ort mit den NGOs und den Initiativen versuchen muss, die Lebensverhältnisse zu verbessern, damit sich weniger Menschen gezwungen sehen, sich auf den Weg zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Morgen findet die Konferenz der europäischen Regierungschefs statt, dann die Ministerpräsidentenkonferenz, und wir sind zuversichtlich, dass wir gute Ergebnisse sehen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung machen. 1992 war mein erster Landtagswahlkampf, und der war geprägt von einer Auseinandersetzung – SPD und Grüne auf der einen Seite, CDU und FDP auf der anderen Seite – um das Asylrecht und um die Frage, wie man mit den Bürgerkriegsflüchtlings aus dem Balkan umgeht. Gewonnen hat in dieser Auseinandersetzung keine Seite. Gewinner waren die Republikaner, die mit einer zweistelligen Prozentzahl in den Landtag von Baden-Württemberg eingezogen sind.

Im Bemühen, eine Wiederholung der Geschehnisse von 1992 zu verhindern, aber auch im Bemühen, ein politisches Bollwerk der demokratischen Parteien in diesem Haus gegen fremdenfeindliche Brandstifter zu bilden, bin ich ein hohes politisches Risiko eingegangen, auch ein persönliches Risiko. Ich stehe im Feuer unseres grünen Koalitionspartners, aber auch in der Kritik meiner eigenen Leute. Ich brauche das nicht zu verschweigen, es ist sowieso bekannt.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Es liegt jetzt an Ihnen, zu zeigen, ob sich dieses Risiko gelohnt hat oder ob es für die Katz war.

Um noch einmal klar zu sagen, worum es geht: Grüne und SPD wollen ihre erfolgreiche Regierungspolitik fortsetzen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die ist doch nicht erfolgreich!)

und dafür werden wir einen leidenschaftlichen Wahlkampf führen. CDU und FDP wollen uns die Regierungsmehrheit abjagen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zu Recht! – Gegenruf von der SPD: Jetzt haltet doch mal die Klappe! – Weitere Zurufe – Unruhe)

was ihnen natürlich nicht gelingen wird. Mein Ziel ist es, diesen Wahlkampf im Zeichen dieser riesengroßen Herausforderung

durch die hohen Flüchtlingszahlen so zu führen, dass nicht rechtsradikale Volksverführer davon profitieren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

oder sich verbale oder tatsächliche Brandstifter zu ihrem schändlichen Handeln animiert fühlen.

Unser Land in dieser schwierigen Situation zusammenzuhalten und die Flüchtlingspolitik mit Zuversicht und Realismus anzugehen ist das Streben der grün-roten Regierungskoalition. Wenn sich in diesem Ziel das gesamte Parlament wiederfindet, hätten wir ein wichtiges Zeichen für die gute Zukunft unseres Landes gesetzt und den geistigen und den tatsächlichen Brandstiftern in unserem Land die Stirn geboten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Wolf das Wort.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, diese Aktuelle Debatte ist eine ungewöhnliche. Sie ist eine ungewöhnliche Debatte mit Blick auf die Gesamtsituation, in der wir uns befinden, mit Blick auf die große politische Herausforderung, der wir alle miteinander in diesem Haus ausgesetzt sind, aber auch mit Blick darauf, dass es eine gemeinsame Aktuelle Debatte der SPD und der CDU ist. Wohl wahr, kein alltäglicher Vorgang!

Aber außergewöhnliche Situationen erfordern auch außergewöhnliche Antworten. Deshalb will ich zunächst dem Kollegen Schmiedel, ohne es übertreiben zu wollen und ihm dadurch noch mehr Probleme zu bereiten,

(Vereinzelt Heiterkeit)

ganz herzlich danken, dass er zunächst einmal – so, wie er es gerade selbst ausgedrückt hat – zu diesem ungewöhnlichen Schritt bereit war.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Lieber Herr Kollege Schmiedel, für Sie und für mich will ich beanspruchen: Es war kein politischer Gag, es war kein Schauspiel, es war und bleibt die ehrliche Absicht in dieser Situation, in der es darum geht, nicht den falschen politischen Kräften in diesem Land Vorschub zu leisten, sondern ein besonderes und überparteiliches Signal zu setzen. Das war ein gutes Signal, verehrter Kollege Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Nun müssen wir uns überhaupt nicht vornehmen, aus der Tatsache, dass es eine gemeinsame Aktuelle Debatte ist, abzuleiten, dass wir jetzt politische Unterschiede einfach ausblenden. Ich glaube, das war nicht seine Absicht, und es ist auch nicht meine Absicht.

Wenn die Menschen in dieser Situation eines nicht wollen, dann ist das Schönfärberei. Sie wollen sich vielmehr ein Stück weit an dem orientieren, was Politik zum Ausdruck bringt,

(Guido Wolf)

und sich dort in ihren Fragen und Sorgen wiederfinden. Das mag uns in der politischen Bewertung unterscheiden.

Ich wünsche mir, dass sich niemand in diesem Hohen Haus – weder in den Reihen meiner Fraktion noch in den Reihen anderer Fraktionen – anmaßt, darüber zu befinden, ob einer differenziert argumentiert, indem er Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt, oder ob er damit – das würde man ihm dann unterstellen – das falsche politische Potenzial bedienen will. Das wollen wir bitte jedem Einzelnen in Wahrnehmung seiner Verantwortung überlassen. Auch das ist eine wichtige Botschaft in einer solchen parlamentarischen Debatte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Wo sind wir denn hier?)

– Im Landtag von Baden-Württemberg, liebe Kollegin Mielich, in einer Aktuellen Debatte, die von SPD und CDU gemeinsam beantragt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben den Begriff des Organisationsversagens als einen von mir geprägten Begriff kritisiert. Diesen Begriff habe ich lediglich zitiert. Dieser Begriff des Organisationsversagens kommt von einem Oberbürgermeister,

(Zuruf: Von einem Grünen!)

noch dazu von einem grünen Oberbürgermeister, nämlich aus Freiburg. Er hat diesen Begriff „Organisationsversagen“ geprägt.

(Zuruf von den Grünen)

– Hören Sie einfach ganz gelassen zu.

(Zuruf von den Grünen: Wir sind immer gelassen!)

– Sie hören immer gelassen zu. Ich nehme das zur Kenntnis.

Jetzt will ich Ihnen ein paar Überschriften aus den Medien der vergangenen Tage vortragen. Der SWR titelte am 16. September:

Landrat warnt vor Gewalt in der LEA und fordert rasche Hilfe.

Das „Main-Echo“ schrieb am 17. September:

Landeserstaufnahme: Falsche Ankündigungen sorgen für Unmut und Ärger bei den Ehrenamtlichen.

Das „Schwäbische Tagblatt“ schrieb am gleichen Tag:

Kommunen greifen Grün-Rot scharf an: Zu spät informiert.

Die „Stuttgarter Nachrichten“ titelten gestern:

Kretschmann vertröstet die Helfer.

Daraus kann man doch ableiten, dass aktuell in der Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Kommunen etwas schiefläuft, und zwar kräftig.

Herr Ministerpräsident, ich will in dieser Debatte einfordern, dass es angesichts der Dimension der Herausforderung, die jede Landesregierung, wenn sie im Moment am Werk wäre, auch in besonderer Weise fordern würde – was will ich gar nicht wegdiskutieren möchte –, der Landesregierung und Ihnen, Herr Ministerpräsident, gut zu Gesicht stünde, wenn Sie den Kommunen in dieser schwierigen Situation, in der wir die Kommunen brauchen, um die Unterbringungsfragen zu klären, ein besserer, ein fairerer Partner wären und wenn diese nicht immer erst aus der Zeitung erfahren würden, was die Landesregierung in Sachen Unterbringung mit ihnen plant. Das ist keine gute Form der Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen)

Deswegen werden wir diese kritischen Fragen natürlich auch in Zukunft stellen. Das ist die Aufgabe der Opposition.

Ein Zweites: Herr Schmiedel, Sie haben sich kritisch mit einigen Äußerungen von mir auseinandergesetzt mit Blick darauf, dass ich gesagt habe, dass es auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber gibt, die den Wohlstand in Deutschland im Auge haben. Ich finde, das darf man in diesem Land sagen, und man muss es auch sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe zu keinem Zeitpunkt alle über einen Kamm geschoren. Ich argumentiere differenziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Ich muss meine Reden auch nicht täglich umschreiben. Ich bleibe meiner Linie treu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die große Herausforderung, vor der wir stehen, ist es, in einer differenzierten Weise auch zu trennen. Es gibt Menschen, die in ihrer Heimat ernsthaft politisch verfolgt werden und deshalb zu uns kommen. Ich nenne beispielhaft die Syrer. Es ist doch völlig klar und Ausdruck unseres Asylrechts, dass wir diesen Menschen hier Zuflucht, Sicherheit und eine noch schnellere Integration, als dies bislang der Fall war, ermöglichen müssen. Darüber brauchen wir nicht zu streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gibt aber auch die andere Seite der Medaille, und diese muss man ebenfalls benennen.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Das heißt, dass mit diesen großen Flüchtlingsströmen auch Menschen zu uns kommen, die menschlich betrachtet Gründe haben mögen, warum sie ihre Heimat verlassen. Sie machen sich aber aus wirtschaftlichen Motiven auf den Weg zu uns, die ein Asylrecht nicht begründen.

Diesen Menschen müssen wir sagen, dass sie hier mit einem schnellen Verfahren – ich fordere ein schnelleres Verfahren als bisher – rechnen müssen und dass wir sie am Ende des Verfahrens, wenn ihnen das Asylrecht nicht zuerkannt werden

(Guido Wolf)

kann, schnellstmöglich in ihre Heimat zurückführen müssen. Auch diese Seite der Medaille gehört zu einer stimmigen Asylpolitik. Das ist eine differenziertere Argumentation, von der ich mich auch von Ihnen nicht werde abbringen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede
Abal GRÜNE: Sie haben es nicht verstanden!)

Ich will mich dem Kollegen Schmiedel ausdrücklich anschließen: Es gibt in unserem Land viele Menschen in den Flüchtlingsorganisationen, in den Arbeitskreisen, aber auch in den Rettungsdiensten, bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk, bei der Polizei usw., die jetzt mithelfen, damit wir diese Flüchtlingsströme bewältigen können, die Dienst tun, die oft über Nacht die Turnhallen herrichten, Betten aufbauen und Rahmenbedingungen schaffen, die eine Unterbringung in dieser Form ermöglichen.

Diese Menschen sind die wirklichen stillen Stars in dieser schwierigen Situation. Sie sind die Garanten dafür, dass die Stimmung in der Bevölkerung nicht kippt. Deshalb will ich mich den Worten des Kollegen Schmiedel anschließen. Ich will diesen Personen in Baden-Württemberg für ihr großes bürgerschaftliches Engagement von ganzem Herzen danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU:
Kein Beifall bei den Grünen! – Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Das ist doch nur Heuchelei! – Unruhe)

– Herr Kollege Tschenk, Sie sind hier nicht als Oberlehrer, sondern als Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Sie auch! – Unruhe)

Ihre Aufregung zeigt Ihre Nervosität.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Ich wünsche mir, dass Sie die Kraft haben, sich auf diese Diskussion einzulassen. Sie müssen nicht alles gut finden, was ich sage. Im Zweifel würde ich etwas falsch machen, wenn Sie mich nur noch loben würden. Ich finde aber, wir müssen zu einer differenzierteren Diskussion in der Lage sein. Jedenfalls beabsichtige ich nicht, mir von Ihnen sagen zu lassen, was ich noch verkünden darf und was nicht. Auch das gehört zu einer Diskussion, die sich mit Fragen der Toleranz befasst.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung zeigt Handlungsfähigkeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die Kanzlerin hat in einer Ausnahmesituation eine menschliche Entscheidung getroffen. Sie hat in der Folge weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die zwingend erforderlich und richtig waren, die aber ohne die vorausgegangene Entscheidung in dieser Form vielleicht gar nicht möglich gewesen wären. Ich denke etwa an die Grenzkontrollen, die jetzt angeordnet worden sind.

Die Große Koalition in Berlin ist handlungsfähig. Sie bringt jetzt ein Konzept auf den Weg,

(Zuruf: Erst jetzt!)

um das Verfahren deutlich zu beschleunigen. Das Ziel ist jetzt – Sie erinnern sich sicherlich daran, dass das auch schon in dem Konzept stand, das die CDU-Landtagsfraktion bereits vor Wochen vorgelegt hat –, die Verfahren so zu beschleunigen, dass ein Verfahren abgeschlossen werden kann, solange sich der Asylbewerber noch in der Erstaufnahmeeinrichtung befindet. Erst wenn endgültig geklärt ist, ob er bleiben kann oder nicht, kann die Verteilung auf die Kommunen erfolgen, oder es muss die Rückführung aus der Erstaufnahme erfolgen. Auch das sind wir unseren Kommunen schuldig, wenn es darum geht, dieses Problem vor Ort wirklich bewältigen zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich finde die Entscheidungen der Großen Koalition und das, was jetzt auf dem Tisch liegt, die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, notwendig und richtig. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss auch möglich sein, dass wir eine Diskussion darüber führen, ob wir gegebenenfalls falsche Anreize in unserem Land haben, die diese Menschen motivieren, sich auf den Weg zu uns zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb halte ich eine Rückkehr zum Sachleistungsprinzip für den richtigen Weg und erwarte, Herr Ministerpräsident, dass auch Sie für die Landesregierung von Baden-Württemberg diesen Weg der Großen Koalition in Berlin unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Seit Monaten plädieren wir für eine zeitnahe Aufnahme von Albanien, Montenegro und Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Ich verstehe nicht, Herr Ministerpräsident, warum Sie bei dieser Diskussion, für uns schwer nachvollziehbar, wie folgt argumentieren:

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist Taktik!)

Einerseits sagen Sie, auch assistiert von Mitgliedern Ihrer Partei, dass das nicht der richtige Weg sein könne, dass das Symbolpolitik sei, dass Sie sich das nicht ein weiteres Mal vorstellen könnten. Aber andererseits lassen Sie auch wieder durchblicken: „Ja, wenn die Gegenleistung stimmt, mache ich das vielleicht mit.“ Sind Sie wirklich der Auffassung, dass sich eine solche Frage für parteipolitische Spielchen anbietet?

(Zuruf von den Grünen)

Ich möchte Sie dringend auffordern, der zeitnahen Aufnahme von Albanien, Montenegro und Kosovo in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wirklich und vorbehaltlos zuzustimmen – auch im Interesse des Landes Baden-Württemberg.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es wichtig, dass am Ende dieser Debatte mit Blick auf das, was sich etwa in Wertheim vor wenigen Tagen abgespielt hat, ein klares Signal steht, nämlich das klare Signal, dass Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass in

(Guido Wolf)

diesem Land, in unserem Land Baden-Württemberg, nichts verloren haben und dass sich alle politischen Kräfte dieses Hohen Hauses gegen solche Formen von Fremdenfeindlichkeit zur Wehr setzen. Auch das muss die Botschaft des heutigen Tages sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Deshalb wird meine Fraktion dieser Resolution oder diesem Antrag – welche Überschrift dieses Papier auch immer trägt – im Sinne eines politischen Signals zustimmen.

Mit Blick auf die Ausgewogenheit und Differenzierung dieser Diskussion ist es uns aber auch wichtig, ein Signal zu setzen, dass Politik handlungsfähig ist und handlungsfähig bleibt. Deshalb führen wir in einem gesonderten Antrag ebenfalls eine Abstimmung über die Frage herbei: Was sind wesentliche und wichtige Schritte als Antwort auf diese große Herausforderung? Das ist für uns die Festlegung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. Das ist für uns der Abbau von Fehlanreizen.

Ich will aber ausdrücklich keinen inneren Zusammenhang zwischen den beiden Erklärungen herstellen. Denn die Absage an Fremdenfeindlichkeit muss kompromisslos erfolgen. Dem stellen wir uns. Aber in gleicher Weise wünsche ich mir, dass auch Sie sich veranlasst sehen, ein Zeichen zu setzen und die Menschen davon zu überzeugen: Ja, wir haben die richtigen Antworten, um mit diesen großen Flüchtlingsströmen umzugehen. Wir wollen auch unseren Kommunen in dieser schwierigen Situation helfen.

An uns soll es heute nicht liegen, in beiderlei Hinsicht wichtige Signale aus dem Landtag von Baden-Württemberg in das Land Baden-Württemberg hinaus zu senden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Frau Fraktionsvorsitzenden Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit dem Positiven beginnen. Ich finde es gut, dass wir, der Landtag von Baden-Württemberg, heute über alle Fraktionen hinweg eine gemeinsame Resolution verabschieden werden, in der wir uns ganz klar gegen Fremdenhass, gegen Gewalt, gegen rechte Parolen und vor allem auch gegen Anschläge, wie sie gegen Flüchtlingswohnheime verübt worden sind, aussprechen und hier als demokratische Kräfte für ein positives und weltoffenes Baden-Württemberg zusammenstehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist ein wichtiges und richtiges Signal. Wir sind erschüttert, wenn wir davon hören, dass Brandanschläge verübt werden und zum Teil sogar in Kauf genommen wird, dass dabei Menschen zu Schaden kommen. Wir sind froh, dass es aus der Bevölkerung sehr deutliche Signale gibt – durch Demonstrationen, durch Mahnwachen, durch Unterstützung der Flüchtlinge – gegen Hass und Extremismus. Wir müssen alles tun,

um dafür zu sorgen, dass das nicht wieder vorkommen wird, sondern unterbunden und geahndet wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz entscheidend für die weiteren Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, muss die Einigkeit darüber sein, dass das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte keine Obergrenzen kennt und wir selbstverständlich bereit sind, die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen, zu jeder Zeit und ohne Obergrenze mit einem humanitären Bleiberecht in Baden-Württemberg und in Deutschland aufzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich bin froh, dass Bundeskanzlerin Merkel diese klare Botschaft sendet, und ich bin irritiert, dass nicht alle in der Südwest-CDU diese klare Botschaft unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist Ihre Aufgabe, sehr geehrter Herr Wolf, und die der CDU-Landtagsfraktion, als gewählte Abgeordnete dafür zu sorgen, dass alle in der CDU in Baden-Württemberg zu diesem Kurs – zu dem Grundrecht auf Asyl

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

und zu einem Bleiberecht für Bürgerkriegsflüchtlinge – stehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir hielten es für eine richtige und wichtige Aktion – nicht nur Geste – der Bundeskanzlerin, dass sie es Anfang September denjenigen Menschen, die auf der Flucht in Budapest, in Ungarn festgesessen sind, möglich gemacht hat, zu uns zu kommen. Diese große humanitäre Geste verdient unser aller Respekt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir haben eine große Aufgabe gemeinsam zu bewältigen – ich betone das Wort „gemeinsam“. Das ist nur möglich, wenn alle Ebenen – zuvörderst Europa, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, die Länder, die Kommunen und unsere Gesellschaft – an dieser Aufgabe mitarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass wir, obwohl diese Aufgabe und die Herausforderung groß sind, dies gemeinsam hinbekommen werden.

Entscheidend ist, dass alle das tun, was auf ihrer eigenen Agenda steht und wofür sie jeweils zuständig sind. Wenn ich sage: „Wir haben Respekt vor der großen humanitären Geste der Kanzlerin“, so fordern wir auf der anderen Seite aber vonseiten der Bundesregierung schnelle Zusagen und Unterstützung in vielen wichtigen Fragen. Das hat, bis heute, zu lange gedauert. Sie haben die Dauer der Asylverfahren angesprochen, Herr Kollege Wolf. Hier dauern sie immer noch sechs Monate oder länger – und dies ist ein Durchschnittswert; im Einzelfall können Verfahren durchaus auch zwölf oder gar 15 Monate dauern. Das ist ein Zustand, der seit langer Zeit bekannt ist,

(Zuruf von den Grünen: Da könnte auch einmal ein entsprechender Antrag gestellt werden!)

(Edith Sitzmann)

und dieser Zustand muss endlich vonseiten der Bundesregierung, vonseiten des zuständigen Innenministers abgestellt werden. Wir brauchen eine deutliche Verkürzung der Verfahren. Eine Dauer von drei Monaten ist unser Ziel, und da sind Taten und Anstrengungen zur Umsetzung vonseiten der Bundesregierung gefordert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Dauer der Verfahren ist, meine Damen und Herren, auch das Nadelöhr für viele, die dann aufgrund des Asylverfahrens keine Aufenthaltserlaubnis, keine Genehmigung bekommen. Und ja: Da stellt sich heraus, dass für viele Menschen des Westbalkans das Asylverfahren ein Nadelöhr ist, das am Ende nicht zu dem Erfolg führt, den sie sich gewünscht haben, sprich zu einem Bleiberecht in Deutschland. Das wissen wir. Auch da, Herr Kollege Wolf, braucht es einen differenzierten und ehrlichen Blick.

Im September letzten Jahres hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit seinen Kolleginnen und Kollegen und der Bundeskanzlerin verhandelt. Er hat damals der Einstufung von weiteren Ländern als sichere Herkunftsländer zugestimmt.

(Zuruf von der CDU: Da war es schon zu spät!)

Es war versprochen worden, dass es eine Evaluation in der Frage geben wird, wie sich diese Maßnahme auswirkt, ob sich die Verfahren verkürzen und ob es tatsächlich dazu führt, dass weniger Menschen aus diesen Ländern kommen. Diese Evaluation liegt bis heute nicht vor. Das würde die Debatte im Sinne einer Lösungssuche erheblich vereinfachen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es unter den sogenannten sicheren Herkunftsländern Länder gibt, aus denen inzwischen wieder weniger Menschen zu uns kommen. Es gibt andere Länder, bei denen diese Zahlen gleich geblieben sind, und wiederum Länder, bei denen die Zahlen gestiegen sind. Wenn wir darüber reden, was jetzt politisch notwendig ist, sollten wir über Maßnahmen reden, die wirklich helfen. Die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer wird dazu keinen so relevanten Beitrag leisten, wie das manchmal in der öffentlichen Diskussion zu suggerieren versucht wird.

(Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Manfred Hollenbach CDU)

Wichtig ist weiter, dass wir die positive Stimmung, die es vielerorts gibt, alle gemeinsam wie einen Schatz hüten. Wir müssen dafür sorgen, dass sie erhalten bleibt und die Willkommenskultur, die wir in Baden-Württemberg haben, weiter wächst. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir Sorgen – die es gibt – nicht verschweigen, aber keine Stimmung gegen Flüchtlinge und keine Stimmung auf Kosten von Flüchtlingen machen, die zu uns kommen. Denn das ist das wertvollste Gut, das wir haben: die positive Stimmung bei uns im Land und in Deutschland insgesamt und die große Bereitschaft in Baden-Württemberg und anderswo, sich für die Flüchtlinge einzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Kollegen haben zu Recht die vielen Menschen gelobt, die jetzt ehrenamtlich bei der Unterbringung helfen – seien es ehrenamtliche Helfer vom Deutschen Roten Kreuz, vom Technischen Hilfswerk, von der Feuerwehr und von Wohlfahrtsverbänden, oder seien es ehrenamtliche Helfer, die keiner solchen Organisation angehören. Aber auch die Polizei verdient an dieser Stelle unseren besonderen Dank. Die Polizeibeamten leisten derzeit überall und unermüdlich wirklich wertvolle Dienste.

Dem geäußerten Dank schließe ich mich ausdrücklich an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal betonen, wie wichtig die morgigen Verhandlungen zu Flüchtlingsfragen sind. Am heutigen Tag führt die Bundeskanzlerin Verhandlungen auf europäischer Ebene. Für morgen sind Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern geplant, um Asylverfahren deutlich zu beschleunigen und dadurch rasch zu mehr Klarheit und damit zu einer Entlastung zu kommen. Wir brauchen endlich auch eine strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten, die den Ländern und den Kommunen entstehen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren. Es kann nicht sein, dass Herr Schäuble als Bundesfinanzminister das Portemonnaie schön geschlossen hält und, wenn man lange genug an die Tür geklopft hat, einen einmaligen Betrag gibt. Vielmehr muss eine strukturelle und verlässliche Unterstützung des Bundes kommen, und zwar rasch und in angemessener Höhe.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Ein Blick ins Grundgesetz reicht!)

Das gilt selbstverständlich auch, wenn es um die zweite Frage geht, nämlich um die Frage der Integration all derjenigen Menschen, die bei uns bleiben werden. Für sie müssen wir – das ist das Allerwichtigste – den Erwerb von Sprachkompetenz fördern. Auch hier ist der Bund in der Pflicht, wenn es um Integrations- und Sprachkurse geht. Das ist das A und O, damit später dann auch weitere Schritte folgen können. Auf Landesebene machen wir unsere Hausaufgaben, was die Sprachförderung im vorschulischen Bereich betrifft. Dies gilt auch für die Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung von Vorbereitungs- und VABO-Klassen. Hierfür haben wir bislang 560 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, und wenn es weitere Bedarfe gibt, werden wir die Zahl der Lehrerstellen entsprechend aufstocken.

Unterstützung im Bereich der Integration brauchen wir aber auch, wenn es um das Thema Wohnen geht. Wir brauchen vom Bund eine Zusage für ein Wohnraumförderungsprogramm.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir werden vonseiten des Landes selbstverständlich auch in Zukunft – wir haben bereits 60 Millionen € zur Verfügung gestellt – unseren Beitrag dazu leisten, um auch bei diesem wichtigen Baustein für die Integration voranzukommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Lassen Sie mich noch einmal deutlich machen, dass seit dem 5. September dieses Jahres 17 000 Menschen zu uns nach Baden-Württemberg gekommen sind – 17 000 Menschen, die auf der Flucht waren und die hauptsächlich über die Westbalkanroute gekommen sind. Es war möglich, all diesen Menschen ein Dach über dem Kopf, ein Bett, eine Grundversorgung zu gewährleisten; dies ist eine unglaubliche Anstrengung des Landes und der Kommunen. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass auch auf kommunaler Ebene die Kooperationsbereitschaft, die Bereitschaft, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, groß ist, sodass wir diese große Aufgabe überhaupt erst gemeinsam haben leisten können. Ich bin mir sicher, dass wir dies auch zukünftig leisten werden. Das werden wir – das Land Baden-Württemberg zusammen mit den Kommunen und den vielen ehrenamtlich Tätigen – hinbekommen.

Sicher bin ich mir auch, dass diejenigen, die sich inzwischen auch aus dem Bereich der Wirtschaft zu Wort gemeldet haben und einfach noch einmal die großen Chancen betont haben, richtig liegen. Wenn ein Herr Zetsche sagt, dass wir, wenn wir das Thema konstruktiv angehen, etwas Tolles schaffen können, und zwar sowohl für Deutschland als auch die Menschen, die zu uns kommen, sind das die Chancen, die wir nutzen sollten. Wir alle sollten sie gemeinsam nutzen. Die gute Ausgangslage, sowohl was die wirtschaftliche Situation als auch was die Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt betrifft, die große Bereitschaft der ehrenamtlichen Helfer – das ist ein gutes Fundament, um den Flüchtlingen Unterbringung und Grundversorgung sowie vor allem auch langfristig eine gute Perspektive in unserem Land bieten zu können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Asylrecht, der Schutz politisch Verfolgter und von Menschen, die in ihrer Heimat von Krieg und Vertreibung bedroht sind, gehört zu den großen Errungenschaften des Grundgesetzes und zu den großen Lehren aus der deutschen Geschichte. Deshalb verteidigen Freie Demokraten das Asylrecht und den Schutz an Leib und Leben bedrohter Menschen ganz selbstverständlich. Deshalb ist es auch gut, wenn der Landtag von Baden-Württemberg sich parteiübergreifend dazu bekennt, politisch verfolgte und bedrohten Menschen Schutz zu gewähren und diese Menschen auch möglichst rasch in unsere Gesellschaft zu integrieren, wenn sie länger in unserem Land bleiben. Deshalb ist es auch notwendig, dass wir ein parteiübergreifendes Signal gegen Gewalt, gegen Verrückte, gegen Verbrecher, die Asylbewerberheime in Brand stecken, setzen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es beschämt mich persönlich, dass in meinem eigenen Wahlkreis – in Remchingen – ein für diese Menschen vorgesehenes Haus gebrannt hat. Wir müssen aber auch deutlich machen, dass der Rechtsstaat wehrhaft ist. Wir müssen diese Einrichtungen schützen, und wenn es notwendig ist, müssen wir auch die Behörden besser ausstatten. Deshalb kann ich an dieser Stelle nur noch einmal unsere Forderung wiederholen, bei

der Polizei möglichst rasch für mehr Personal zu sorgen – unsere Forderung nach 1 000 zusätzlichen Polizisten –, und zwar auch aufgrund dieser Entwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will mich auch dem anschließen, was meine Vorredner gesagt haben, dem Lob an die ehrenamtlich, aber auch an die hauptamtlich Tätigen, die in diesem Bereich sehr gefordert sind. Es ist völlig richtig: Das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich ist besonders bemerkenswert. Aber ich stelle fest, dass auch viele hauptamtlich Tätige über das, was der Dienstherr normalerweise von ihnen verlangt, hinaus aktiv werden. Wir waren in der vergangenen Woche im Rahmen einer Fraktionsklausur im Oberschwäbischen – ich selbst war zwar nicht dort, aber die Kollegen haben es berichtet. Ich möchte das Sozialamt der Stadt Biberach nennen, wo Ungeöhnliches geleistet wird. Wenn man sich einmal anschaut, was viele im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg unter diesen Voraussetzungen und angesichts dieser Herausforderungen leisten, sollten manche vielleicht bestimmte Vorurteile, die sie gegenüber dem öffentlichen Dienst hegen und pflegen, überdenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Die Landesregierung sollte vielleicht auch darüber nachdenken, nicht Eingangsbesoldungen abzusenken, sondern vielleicht auch einmal mit finanziellen Belohnungen gegenüber diesen Personen deutlich machen, dass die Politik ihren Einsatz zu schätzen weiß.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zur Wahrheit gehört aber auch, meine Damen und Herren, dass es nicht genügt, von „Willkommenskultur“ zu reden und zu sagen: „Wir schützen jene Menschen“ – das ist völlig klar –; vielmehr muss man auch die Probleme benennen. Vor allem muss man seitens der Landespolitik auch deutlich machen, dass wir verstanden haben, dass wir alle die, die politisch verfolgt sind, alle die, die an Leib und Leben bedroht sind, schützen wollen, dass wir aber nicht jedem, der in Deutschland ein besseres Leben sucht, Aufnahme gewähren können, weil das nämlich unsere Möglichkeiten überfordert und weil wir dafür auch nicht die Akzeptanz der Bevölkerung haben. Auch das muss deutlich gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Hier gibt es die politischen Unterschiede. Es wurde nämlich viel zu spät darauf reagiert, dass diese Herausforderungen auf uns zurollen. Wir, die Opposition in diesem Land, haben frühzeitig gewarnt. Wir haben deutlich gemacht, dass es eben der falsche Weg ist, auf ein Ministerium von der Struktur des Integrationsministeriums mit einer überforderten Ministerin an der Spitze zu vertrauen. Das ist zu wenig, meine Damen und Herren. Es ist auch zu wenig, zunächst einmal zu schweigen, Herr Ministerpräsident. Ich hoffe sehr, dass wir am heutigen Tag etwas von Ihnen hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Ministerpräsident ist gefordert, im Landtag von Baden-Württemberg Stellung zu nehmen und den Landtag nicht auf eine Zeit nach irgendwelchen Verhandlungen in Berlin zu vertrösten. Nicht nur die Opposition will von Ihnen Antworten, sondern auch der Koalitionspartner. Kollege Schmiedel wendet sich ja schon an die CDU, weil er von Ihnen nichts hört.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Es ist notwendig, dass der Ministerpräsident Stellung nimmt und nicht nur sagt: „Brandbriefe nutzen nichts.“ Sie sollten diese Brandbriefe ernst nehmen, Herr Ministerpräsident; denn sie sind ein deutliches Signal dafür, dass einiges schief läuft. Wenn die untere Verwaltungsbehörde mit der oberen nicht zufrieden ist, sollte man nicht versuchen, ihr einen Maulkorb umzuhängen, sondern dann sollte man das ernst nehmen, was die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in diesem Land Ihnen melden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es geht eben nicht, dass beispielsweise ein Oberbürgermeister wie der von Heidelberg aus der Presse erfährt, was in seiner Stadt geplant ist, und dass ein Kabinettsmitglied das zunächst noch bestreitet. Erst verplappert sie sich bei einer Veranstaltung, dann bestreitet sie, dass irgendetwas geplant sei, und hinterher erklärt die Landesregierung, dass es doch so ist, und zwar in noch größerem Ausmaß als bisher bekannt. Das zerstört Vertrauen. So werden Sie dieses Problem nicht lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich kann auch nicht – zumindest nicht in der Euphorie, wie es meine Vorredner zum Teil gesagt haben – ein uneingeschränktes Lob an die Bundesregierung und ein uneingeschränktes Lob an die Kanzlerin aussprechen. Natürlich habe ich menschlich Verständnis für ihre Entscheidung gegenüber den Menschen, die da in Ungarn unterwegs waren. Aber es war ein klarer Bruch des Dublin-Abkommens.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir können nicht so tun, als wäre Europa ein rechtsfreier Raum, in dem Regierungschefs sozusagen freihändig entscheiden, welche europäischen Regeln man einhält und welche nicht. Man kann nicht an einem Tag sagen: „Ich breche das Dublin-Abkommen aus eigener Machtvollkommenheit und heile das dann wenige Tage später dadurch, dass ich auch das Schengen-Abkommen breche.“

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Konrad Epple CDU)

Das ist passiert, meine Damen und Herren. Deshalb wundert es mich auch nicht, dass es schwierig wird, auf europäischer Ebene zum Konsens zu finden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich glaube auch nicht, dass wir über das gestrige Ergebnis besonders erfreut sein können, wenn ein Land wie Polen nach Aussage der Partner erklärt: „Na ja, wir nehmen gnädigerwei-

se 9 000 Flüchtlinge auf“ – ein Land wie Polen! – und die polnische Regierung dann nur noch von 4 500 Flüchtlingen spricht. Eines geht nicht, meine Damen und Herren – das sage ich sehr deutlich in Richtung Große Koalition und Berlin –: Man kann nicht den Bürgern auf der einen Seite – im Zusammenhang mit Griechenland etwa – erklären: „Der deutsche Steuerzahler ist hier gefordert; da braucht es europäische Solidarität“, während auf der anderen Seite in der Flüchtlingsfrage die europäischen Partner diese europäische Solidarität verweigern. Das passt nicht zusammen. So wird Europa scheitern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube auch nicht, dass es angesichts dieser Herausforderungen haltbar sein wird, diese Mindestlohnregelungen so aufrechtzuerhalten, wie die Große Koalition sie beschlossen hat. Nicht irgendjemand aus der FDP/DVP, auch nicht der Wirtschaftsflügel der CDU, sondern Andrea Nahles selbst hat in der vergangenen Woche erklärt, sie halte nur etwa 10 % der Flüchtlinge für ausbildungsfähig und für unmittelbar in den Arbeitsmarkt integrierbar. Da muss man die Frage stellen, was daraus folgt.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Meine Damen und Herren, daraus folgt, dass wir auch an dieser Stelle weitere Flexibilisierungen des allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohns brauchen. Sonst werden wir vor diesem Problem auch angesichts der Herausforderung der Integration in den Arbeitsmarkt kapitulieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es genügt nicht, am heutigen Tag hier das Signal zu setzen, dass politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge Schutz genießen. Vielmehr will die Bevölkerung auch wissen, was mit den Wirtschaftsflüchtlings passiert.

Deshalb müssen wir eine ganze Reihe von weiteren Problemen benennen. Dazu gehört auch das Thema Rechtsstaat. Wie soll Integration funktionieren? Manche sagen: „Deutschland muss sich angesichts dieser Zuwanderung ändern.“ Deutschland wird sich sicher bis zu einem gewissen Punkt ändern. Ich sage aber in aller Deutlichkeit: Auch die Flüchtlinge werden sich ändern müssen, um sich hier zu integrieren. Uns interessiert nicht, woran jemand glaubt oder wie sich jemand kleidet. Unsere Gesetze und der Geist des Grundgesetzes müssen aber beachtet werden. Das wird eine Bringschuld sein, die die Flüchtlinge zu begleichen haben. Auch das muss deutlich benannt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir können nicht jeden aufnehmen, der in Deutschland ein besseres Leben sucht. Vom Institut der deutschen Wirtschaft gibt es beispielsweise den Hinweis darauf, dass das durchschnittliche Tageseinkommen im Kosovo bei 1,55 € liegt. Wenn ich das mit dem vergleiche, was hierzulande als Taschengeld für die Asylbewerber angeboten wird, dann wird deutlich, dass wir dieses System überdenken müssen.

Das betrifft dann auch Leute etwa aus dem Kosovo, wo es keine politische Verfolgung gibt, oder aus Albanien. Der serbi-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sche Ministerpräsident hat in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, dass es falsch ist, den Menschen diesen Anreiz in Deutschland zu bieten. Sie fehlen als Arbeitskräfte in Serbien, und in Deutschland warten sie auf die Abschiebung. Das ist eine völlig verfehlte Entwicklung.

Deshalb müssen wir ein deutliches Signal setzen, dass das Asylrecht die falsche Pforte ist, an der sie in Deutschland Schlange stehen. Das heißt aber nicht, dass wir für solche Menschen nicht die Möglichkeit schaffen sollten, Zugang zu unserem Arbeitsmarkt zu finden.

Auch ich kenne die Beispiele von den Handwerksbetrieben, in denen solche Menschen integriert sind und arbeiten und vom Chef oder von der Chefin des Handwerksbetriebs als unverzichtbar angesehen werden. Wenn sie möglicherweise abgeschoben werden, kann der Arbeitsplatz nicht wieder besetzt werden. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig. Für diese Menschen müssen wir eine Möglichkeit des Zugangs in unseren Arbeitsmarkt schaffen – aber nicht über das Asylrecht,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

sondern durch ein modernes Zuwanderungsgesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich glaube auch nicht, dass wir arbeitsmarktpolitische Probleme – etwa im Bereich der Pflege – in unserem Land ohne ein Zuwanderungsgesetz lösen können. Ich will auch nicht, dass am Ende Roboter die alten Menschen pflegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmt!)

Vielmehr haben wir hier erheblichen Bedarf. Deshalb müssen wir über ein Zuwanderungsgesetz die Möglichkeit für Zuwanderung für diejenigen schaffen, die in ihrem Land von Armut bedroht sind und bereit sind, in Deutschland zu arbeiten und sich dort in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wo wir sie brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Klar ist aber: Das Asylrecht ist für diese Menschen der falsche Weg. Deshalb ist es richtig, darüber zu diskutieren, wie wir Fehlanreize beseitigen können. Deshalb ist es auch richtig, das Signal in diese Länder auszusenden: „Kommt nicht über das Asylrecht, sondern wenn ihr kommen wollt, dann schaut, wo ihr in unserem Arbeitsmarkt richtig und gut aufgehoben seid.“

Diese Position wird nicht allein von der FDP vertreten, sondern auch von anderen Parteien. Das Thema „Fehlanreize und sichere Herkunftsländer“ ist auch nicht allein bei CDU und FDP angesiedelt.

Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben vorhin erneut eingefordert, man solle doch beweisen, dass die Einstufung als sichere Herkunftsländer etwas bringt. Ich kann darauf verweisen, dass am vergangenen Freitag eine Studie eines Wirtschaftsinstituts veröffentlicht wurde, die deutlich nachgewiesen hat, dass sich der Anstieg der Flüchtlingszahlen aus Serbien, Bos-

nien-Herzegowina und Mazedonien, also aus den Ländern, die vom Bundesrat unter Mitwirkung des Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, im Vergleich zu anderen Ländern deutlich verlangsamt hat. Das ist ein klarer Hinweis darauf, dass es durchaus etwas bringt, solche Länder als sichere Herkunftsländer einzustufen.

Deshalb kann man Sie nur dazu auffordern, das mit den weiteren Westbalkanländern, mit Albanien, dem Kosovo und Montenegro, möglichst rasch nachzuholen und die Fehlanreize zu bekämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist im Übrigen die Beschlusslage – schöne Grüße an die SPD-Fraktion – der Großen Koalition in Berlin. Die Große Koalition hat unter Mitwirkung der SPD beschlossen, dies vortragen zu wollen.

Den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen darf ich vielleicht vortragen, wie ein prominenter Parteifreund von Ihnen dazu steht,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das habe ich gelesen!)

nämlich der Oberbürgermeister von Tübingen.

(Oh-Rufe)

Ich zitiere die „taz“ – bekanntlich nicht gerade ein Parteiorgan von CDU und FDP – vom 21. September 2015 mit Erlaubnis des Präsidenten:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir sind eine große Partei!)

... wenn dieses Jahr wirklich zwanzigmal mehr Flüchtlinge zu uns kommen als noch 2010, sind wir gezwungen, zu unterscheiden zwischen denen, die vor Krieg fliehen und um ihr Leben fürchten, und denen, die bei uns ein besseres Leben suchen. Wir können die Asylstandards nicht halten.

Das ist eine völlig vernünftige Position, die auch von der SPD auf Bundesebene geteilt wird.

Ich darf weiter zitieren:

Jetzt müssen wir uns ... eingestehen, dass auch die deutsche Gesellschaft an eine Belastungsgrenze kommt. Deshalb brauchen wir schnellere Verfahren, den Abbau falscher Anreize und eine klare Priorität für Kriegsflüchtlinge.

Darauf die Frage der „taz“:

Mehr sichere Herkunftsländer – ja oder nein?

Antwort Palmer:

Eindeutig ja. ... Wir können es uns nicht leisten, vierzig Prozent der Asylplätze mit Menschen vom Balkan zu belegen, wenn Hunderttausende Kriegsflüchtlinge ... kommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren. Deshalb habe ich mich schon darüber gewundert, dass Sie nicht bereit waren, genau diese Forderung in unseren gemeinsamen Antrag aufzunehmen.

Wir wollen dieses Signal gegen Gewalt und für ein weltoffenes Baden-Württemberg aber nicht daran scheitern lassen. Wir wollen Ihnen aber schon die Gelegenheit geben, dass Sie – die Grünen – zur Position von Herrn Palmer und Sie – die SPD-Fraktion – zur Position der schwarz-roten Bundesregierung an diesem Tag in diesem Haus Stellung beziehen.

Deshalb werden wir im Anschluss an die Abstimmung über den Antrag in einer weiteren Abstimmung, und zwar einer namentlichen Abstimmung, darüber abstimmen lassen,

... dass es eines entschlossenen und tatkräftigen Handelns bedarf, um die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik zu meistern und die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen. Die Vermeidung von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem und die Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten sind deshalb notwendige Maßnahmen, die das Land Baden-Württemberg mittragen muss.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr gespannt auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE.

Diese Fehlanreize sind zu benennen – nicht unbedingt in diesem Antragstext, aber in dieser Debatte. Es war bereits die Rede vom Taschengeld, das auch ausweislich einer Aussage des serbischen Ministerpräsidenten Fehlanreize setzt. Deshalb ist es notwendig, dieses Taschengeld durch Sachleistungen zu ersetzen. Das gilt nicht grundsätzlich für alle Flüchtlinge. Diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben und die auf die Kommunen verteilt werden, sollen es erhalten. Es sollte aber für die Dauer des Verfahrens in den Erstaufnahmestellen bis möglicherweise zu einer raschen Abschiebung ersetzt werden.

Dasselbe gilt für die Gesundheitskarte. Die FDP – die Freien Demokraten – bekennt sich eindeutig dazu, dass etwa ein politisch Verfolgter oder ein Flüchtling aus dem Irak, der gern nach einem beschleunigten Verfahren in die baden-württembergischen Kommunen integriert wird, in den Genuss der Gesundheitskarte kommen soll, aber nicht in den Landeserstaufnahmestellen diejenigen, die als Wirtschaftsflüchtlinge dorthin kommen und nach unserem Willen maximal drei Monate dort verbleiben. Das wäre ein Fehlanreiz, ein falscher Anreiz, ein sogenannter Pull-Faktor.

In diesen Landeserstaufnahmestellen ist es notwendig, Sanitätsstellen einzurichten, in denen diejenigen, die gesundheitliche Probleme haben, dann behandelt werden. Das ist im Übrigen die Forderung der Kassenärztlichen Vereinigung. Es ist nicht sinnvoll, bereits an dieser Stelle die Gesundheitskarte auszugeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ein Letztes, Herr Ministerpräsident: Ich rate ausdrücklich davon ab, die Themen Gesundheitskarte und „Sichere Herkunftsländer“ miteinander zu verquicken.

(Zuruf von der FDP/DVP: Richtig!)

Sie waren ja nach dem Motto zu verstehen: „Wir machen einen Tauschhandel: Ich stimme der Einstufung von Albanien, dem Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer zu, und im Gegenzug bekomme ich die Gesundheitskarte.“

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Da haben Sie etwas falsch verstanden! – Zuruf von der Regierungsbank: Das ist doch Quatsch!)

Ich sage Ihnen sehr eindeutig, Herr Ministerpräsident: Das ist ein außerordentlich seltsames Rechtsstaatsverständnis. Ich halte das bei einem Ministerpräsidenten, bei einem Regierungschef sogar für ein bedenkliches Rechtsstaatsverständnis. Entweder ein Land ist ein sicheres Herkunftsland, dann muss man dem auch zustimmen, oder es gibt politische Verfolgung, dann kann man nicht zustimmen. Das kann doch nicht von einer Gesundheitskarte abhängen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

All das sind Fragen, auf die die Menschen in diesem Land – und auch dieses Hohe Haus – Antworten vom Regierungschef möchten, und zwar nicht erst nächste Woche, sondern schon heute. Wir wollen wissen, was Ihre Positionen sind, mit welchen Positionen Sie nächste Woche in Berlin in die Verhandlungen gehen. Bekennen Sie heute Farbe, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Öney.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der MP geht, Frau Öney kommt!)

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg war das erste Land, das aufgrund der Bedeutung und Brisanz dieses Themas bereits im letzten Jahr unter der Leitung des Ministerpräsidenten einen Flüchtlingsgipfel abhielt. Das war bereits im letzten Jahr.

Dabei blieb es nicht.

(Zurufe von der CDU)

Vor Kurzem, im Juli, gab es den zweiten Flüchtlingsgipfel,

(Zuruf von der CDU: Weil der erste nichts brachte!)

bei dem erneut ein umfangreicher Maßnahmenkatalog nicht nur verabschiedet, sondern umgesetzt wurde, u. a. die sofortige Einrichtung eines Lenkungs- und Krisenstabs. Das war ebenfalls im Juli, noch bevor die Krise im Juli im Bund ankam.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Als die Kanzlerin Anfang September beschloss, in Ungarn gestrandete Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, waren wir, die Länder, zwar nicht informiert, aber – da wir vorbereitet waren –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

(Ministerin Bilkey Öney)

zumindest mit dem Lenkungs- und Krisenstab handlungsfähig –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

auch wegen des unermüdlichen Einsatzes aller, die an dieser Lenkungsgruppe unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Hammann mitwirken, und des operativen Krisenstabs unter der Leitung des Landesbranddirektors Hermann Schröder, dem ich hier auch an dieser Stelle sehr herzlich danken will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Wolfgang Raufelder und Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-NE)

Wir hatten bereits beim zweiten Flüchtlingsgipfel beschlossen, die Zahl der Erstaufnahmeplätze bis Ende 2016 auf 20 000 zu erhöhen. Wir haben diese Summe bereits erreicht – mehr noch, wir haben sie sogar übertroffen.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Als ich Ministerin wurde, gab es in Baden-Württemberg nur eine einzige Erstaufnahmestelle, und zwar in Karlsruhe, mit einer Kapazität von 900 Plätzen. Belegt war diese Erstaufnahmestelle mit 600 Menschen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir haben jetzt bereits über 28 000 Flüchtlinge in zwei Dutzend Einrichtungen. Die Zahlen haben wir verdreifacht.

(Zurufe: „Wir“?)

– Wir. – Seitens der Landesregierung könnten wir stolz auf diese Leistung sein.

(Abg. Karl Klein CDU: Aber wir nicht!)

Es ist aber kein Grund, stolz darauf zu sein, dass weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Das ist wahrlich kein Grund für Euphorie.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Anfang dieses Jahres gingen wir in Deutschland noch von 200 000 ankommenden Flüchtlingen aus. Die Zahl wurde auf 450 000 Flüchtlinge nach oben korrigiert. Mittlerweile sprechen Bundespolitiker von einer Million Flüchtlinge.

Die einen stellen sich angesichts dieser Dimension die Frage: „Schaffen wir das?“ Andere fragen sich aber offenbar auch: „Wollen wir das?“ Mit steigenden Flüchtlingszahlen wächst leider auch die Ablehnung von Flüchtlingen; das ist ein trauriger Fakt. Bundesweit gab es laut der Amadeu Antonio Stiftung über 317 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon 50 Brandanschläge. In Baden-Württemberg zählt das Landeskriminalamt rund 30 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon zwei bestätigte Brandanschläge. Es gab mehr Brandanschläge, aber die Ermittlungen dazu laufen noch.

(Zurufe)

Man kann die Asylpolitik des Bundes oder auch des Landes kritisieren. Aber Brandstiftung ist und bleibt eine gemeingefährliche Straftat. Diese Straftaten werden von demokrati-

schen Parteien, aber erst recht vom Rechtsstaat nicht geduldet; sie werden geahndet. Zumindest in diesem Punkt sind wir uns einig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Einig sind wir uns auch darin, dass wir schnellere und effektivere Verfahren brauchen. Wir hatten mit den kommunalen Landesverbänden bereits verabredet, dass wir nur noch Flüchtlinge in die Kommunen schicken, die eine Bleibeperspektive haben. Dazu ist ein weiterer massiver Ausbau von Erstaufnahmeplätzen nötig. Bereits im letzten Jahr hatte ich gefordert, dass uns der Bund leerstehende und geeignete Kasernen überlässt. Das tut der Bund jetzt auch. Die Kasernen werden uns mietzinsfrei zur Verfügung gestellt. Der Bund hat mittlerweile auch die Übernahme der Ertüchtigung angeboten. Dieses Angebot müssen und wollen wir annehmen.

In Anbetracht des täglich hohen Zugangs von Flüchtlingen – derzeit etwa 1 000 in Baden-Württemberg – können wir nicht auf kosten- und zeitintensive Neubauten warten, sondern müssen alle leerstehenden und geeigneten Kasernen und Gebäude nutzen.

Nochmals zur Erinnerung: In diesem Jahr kamen bereits 521 000 Flüchtlinge nach Deutschland. Allein im September waren es über 107 000 Flüchtlinge. Allein Baden-Württemberg hat im September bislang über 18 000 Flüchtlinge aufnehmen müssen.

Als Drehkreuz für die Bundesländer im Südwesten ist daher der Mannheimer Bahnhof vorgesehen. Von dort aus werden die aus München ankommenden Flüchtlinge auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland verteilt.

Nachdem der Gemeinderat in Heidelberg zugestimmt hat, werden die zentralen und ersten Verfahrensschritte im Patrick-Henry-Village gebündelt – übrigens in enger Abstimmung mit dem Gemeinderat. Ziel ist es, in 40 sogenannten Verfahrenstraßen die Registrierung, ED-Behandlung und Gesundheitsuntersuchung möglichst innerhalb von zehn Tagen abzuschließen. Wir führen bereits Testläufe durch; es läuft derzeit gut.

Auf diese Weise gewinnen wir Synergien – vor allem, wenn wir dort den Einsatz von Personal und Equipment intensivieren. Trotzdem werden wir in jedem Regierungsbezirk in mindestens einer weiteren Erstaufnahmeeinrichtung sämtliche Technik und auch Personal vorhalten.

(Abg. Winfried Mack CDU: In jedem?)

Diese LEAs sollen sich insbesondere um die Direktzugänge kümmern. Wer sich direkt in Meßstetten meldet, wird natürlich nicht extra nach Heidelberg geschickt.

Von dort aus sollen diejenigen mit guter Bleibeperspektive auf die Stadt- und Landkreise verteilt werden. Die Menschen aus den sicheren Herkunftsländern sollen bis zur Ausreise in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Der Bund wird dazu die maximale Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung entsprechend verlängern. Aber hier kommt auch schon meine

(Ministerin Bilkay Öney)

Kritik an den Bund: Bislang gibt es immer noch keine kurze Zeitvorgabe für die Asylverfahren beim BAMF.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, weil Sie zuständig sind!)

Wir haben das – – Ich bin zuständig? Ich bin Bundesinnenministerin? In meinem nächsten Leben!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Nein, Sie sind zuständig für die Flüchtlingsunterbringung! Da können Sie viel zur Verfahrensverkürzung beitragen! Das ist das Problem in Baden-Württemberg!)

Ich fordere kürzere Verfahren und eine Zeitvorgabe. Ich fordere ein Zeitlimit ähnlich wie beim Berufsanerkennungsgesetz, nach dem der Bescheid nämlich innerhalb von drei Monaten ergehen muss. Das erzeugt Druck.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Das BAMF muss zumindest die Anträge von Personen aus sicheren Herkunftsländern innerhalb von zwei Wochen abgearbeitet haben. Das ist unsere Forderung an den Bund. Zumindest die Anträge von Personen aus sicheren Herkunftsländern müssen innerhalb von zwei Wochen abgearbeitet werden.

Außerdem sollte der Bund die rechtlichen Rahmenbedingungen für die schnelle Rückführung verbessern. Wir brauchen eine zentrale Stelle für die Passbeschaffung. Viele Abschiebungen scheitern einfach deshalb, weil Papiere fehlen. Da muss uns der Bund auch unterstützen.

Für die Bleibeberechtigten fordern wir sofortige Integrationskurse – auch dies fällt in die Zuständigkeit des Bundes. Wir fordern dies seit Jahren. Weil der Bund bislang nicht reagiert hat, haben wir im Land ein eigenes Landesprogramm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ erarbeitet. Wir wollen nämlich keine Zeit mehr verlieren.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir können das tun, weil Baden-Württemberg ein relativ wohlhabendes Bundesland ist und weil die hiesige Wirtschaft Fachkräfte braucht. Andere Bundesländer können das vielleicht nicht. Auch das sollte man bei der Forderung nach EU-weiten Standards einmal berücksichtigen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Standards sind auch innerhalb Deutschlands höchst unterschiedlich. Wir sind in Baden-Württemberg in der Lage, Lehrer einzustellen und Förderklassen einzurichten. Wir sind auch in der privilegierten Lage, in der Fläche Sozialarbeiter einstellen zu können.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Andere können das vielleicht nicht. Andere bieten möglicherweise auch keinen kostenfreien WLAN-Zugang an. Andere finanzieren das Ehrenamt oder die Arbeit der psychosozialen Zentren, die traumatisierte Flüchtlinge betreuen, möglicher-

weise nicht so wie wir. Auch das macht meines Wissens nur Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Andere Bundesländer haben kein Sonderkontingent für besonders bedrohte und traumatisierte Frauen und Kinder. Ich weiß auch nicht, ob andere Bundesländer Bauförderprogramme für die Kommunen in Höhe von jeweils 30 Millionen € beschlossen haben. Wir haben das gemacht – im letzten Jahr und auch in diesem Jahr –, und wir werden wahrscheinlich noch einmal nachlegen.

Man muss davon ausgehen, dass die hohe Zahl von Flüchtlingen große Auswirkungen auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie auf die Bereiche Schule, Behörden, Soziales und Integration haben wird. Das wird eine Jahrhundertaufgabe; da machen wir uns nichts vor.

Einigen Flüchtlingen müssen wir unser Alphabet buchstabieren, einigen anderen aber auch unsere Grundwerte – das ist vielleicht der wichtigere Teil. Wir können es nur in einem gemeinsamen Kraftakt schaffen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Ja, Humanität gibt es eben auch nicht zum Nulltarif. Deshalb fordern wir eine strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten. Bayern und Baden-Württemberg sind die beiden Länder, die fast eine Vollerstattung der Pauschalen vornehmen. Bayern rechnet spitz ab, wir rechnen zumindest den liegenschaftsbezogenen Anteil spitz ab; das ist der größte Anteil. Das führt zu einem großen Kostenaufwand. Im Ersten Nachtragshaushalt 2015 hatten wir 500 Millionen € vorgesehen, im Zweiten Nachtrag waren es dann bereits 652 Millionen €. Für 2016 rechnen wir mit über 1,8 Milliarden €. Bedenken Sie einmal, was man mit dieser Summe direkt vor Ort an Entwicklungshilfe leisten könnte,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

z. B. wenn es Schutzzonen gäbe. Die Jesiden, mit denen ich am Montag gesprochen habe, sagen, sie würden nicht kommen, wenn es in Shingal eine Schutzzone gäbe. Auch das ist eine Möglichkeit, die der Bund vielleicht prüfen könnte.

1,8 Milliarden € – wie viele Ausbildungsplätze und welche nachhaltigen Strukturen könnte man damit auf dem Balkan schaffen? Auch das sollte man bedenken.

Ich will es bei diesem Ausflug in die internationale Politik belassen,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ja!)

wollte aber zu bedenken geben, dass sie für die Lage auch mitverantwortlich ist.

Ich will zur Landesebene zurückkommen, wo sich Menschen rührend dafür einsetzen, dass die Flüchtlinge bei uns gut aufgenommen werden. Ich habe so viel Hilfe und Unterstützung in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen, und ich frage mich, wann es so etwas je gegeben hat.

Die Menschen müssen nicht nach der Arbeit noch Flüchtlinge betreuen, sie müssen nicht mit ihnen Deutsch lernen, sie müssen auch nicht mit ihnen zum Arzt gehen oder mit ihnen

(Ministerin Bilkay Öney)

Fußball spielen, sie müssen nicht ihre Kleider spenden oder Spielzeug sammeln – aber sie machen es. Wenn das kein Grund ist, stolz auf dieses Land, seine Bürger und auf diese Leistung in diesem Land zu sein, was dann?

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben eine Zeitenwende, eine globale Krise, die uns heute, aber auch in Zukunft in Baden-Württemberg herausfordert wird. Der brutale Bürgerkrieg im Irak, das brutale IS-Terrorregime, das in immer mehr Länder im Nahen Osten eindringt, das Zerfallen des Iraks führen zu riesigen Flüchtlingsströmen. Wir müssen uns zudem darauf einstellen, dass etwa auch aufgrund des Klimawandels Menschen zu uns fliehen werden – vor Dürren, vor Katastrophen, vor dem Untergehen ihrer Länder.

Die Welt ist zunehmend vernetzt. Wir merken jetzt einfach alle, dass uns die Probleme, die früher fern schienen, heute unmittelbar betreffen. Wir können nicht einfach so tun, als gingen sie uns nichts an. Wir müssen diese Auswirkungen auf unser Land bestmöglich bewältigen. Natürlich müssen wir auch die Ursachen bekämpfen. Dabei müssen wir einen langen Atem haben.

Die Ministerin hat es gerade gesagt: Es sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung, Unterdrückung, vor Perspektivlosigkeit. Zu uns nach Baden-Württemberg werden in diesem Jahr mit Sicherheit 100 000 Flüchtlinge kommen. Ihnen zu helfen ist unsere humanitäre Verpflichtung.

Ich bin der Bundeskanzlerin wirklich dankbar für ihre klare Haltung und ihre klaren Worte in dieser Sache.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Ich will auch noch einmal betonen: Das Asylrecht ist ein Grundrecht; es ist kein Gnadenakt, den wir gewähren; es ist ein Grundrecht. Es gehört zu den größten zivilisatorischen Errungenschaften, dass wir ein solches Recht in unserer Verfassung haben. Dieses Recht haben ja früher nur etwa die Kirchen gewährt. Es ist heute ein Grundrecht. Grundrechte sind – das weiß jeder; de Maizière hat es so ausgedrückt – nicht quantitativ beschränkt. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, das Grundrecht auf Asyl kenne keine Obergrenzen. Ich habe gesagt, für solche Flüchtlinge, die das Recht in Anspruch nehmen, ist das Boot nie voll. Das ist alles etwas anders formuliert, meint aber dasselbe.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Man kann aber, glaube ich, schon erwarten – weil es in unserer Verfassung heißt, dass Grundrechte in ihrem Wesensgehalt nicht geändert werden dürfen –, dass sich jeder und jede Abgeordnete dahinterstellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abschottungspolitik ist keine Alternative. Denn wenn Menschen in ihrer Heimat alles verloren haben und nichts als ihr nacktes Leben retten konnten, dann werden sie für diese Freiheit für sich und ihre Kinder unfassbare Strapazen und Gefahren in Kauf nehmen. Sie werden sich letztlich nicht von Grenzzäunen abhalten lassen.

Keine Frage, es ist eine gewaltige Herausforderung, die vielen Flüchtlinge gut unterzubringen und jene, die dauerhaft bei uns bleiben können, gut zu integrieren. Wir werden diese Herausforderung nur unter bestimmten Voraussetzungen meistern können.

Erstens brauchen wir in dieser Krise eine Verantwortungsgemeinschaft aller staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte – von Kommunen, von Ländern, vom Bund, von den Kirchen, von Verbänden, von der Wirtschaft, von der Zivilgesellschaft, aber natürlich besonders auch von Europa. Ich kann nur die Worte der Kanzlerin wiederholen: Wenn Europa nicht zurückfindet zu seinen Werten, Solidarität übt und diese Verantwortung wahrnimmt, wird diese Krise für Europa weit schlimmer werden als die Eurokrise. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Ich bin auch hier der Kanzlerin außerordentlich dankbar, dass sie mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier zäh daran arbeitet, ein Land nach dem anderen, das sich bisher verweigert, in die Solidarität hineinzunehmen. Man sieht, dass dies einen gewissen Erfolg hat, auch wenn es dabei langsam vorangeht. Aber diese Arbeit ist wichtig. Hierbei müssen wir alle den Druck erhöhen und dürfen nicht nachlassen. Ich glaube, es gäbe keine sinnhafte Alternative dazu, dass Europa und alle seine Länder gemeinsam in diese Solidarität gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Wir kommen natürlich ohne die vielen ehrenamtlichen Kräfte, die sich überall in Baden-Württemberg, in allen Teilen Deutschlands engagieren, überhaupt nicht aus. Man muss ehrlicherweise sagen: Wir könnten ohne dieses ehrenamtliche Engagement diese Krise überhaupt nicht bewältigen. Ich möchte mich allen anschließen, die für dieses unglaubliche Engagement, das wir da feststellen können, schon ihren Dank ausgesprochen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Wir müssen ein Fundament bauen, das über den Moment hinaus dauerhaft tragfähig ist, ein Fundament aus Humanität und Pragmatismus. Ich glaube, man kann das auch in einem der Grundsätze des Christentums ausdrücken, das ja unser Land tief geprägt hat: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Darin steckt die Hinwendung zum anderen. Es ist gerade das Proprium des Christentums, dass auch der Fremde der Nächste ist. Deswegen lernen wir alle im Religionsunterricht das Beispiel vom barmherzigen Samariter.

In dem angesprochenen Grundsatz steckt also die Hinwendung zum anderen, egal, woher er kommt. Aber in diesem Satz steckt auch die Hinwendung zu uns selbst. Das heißt, das eine bedingt das andere. Nur wenn wir dabei auch auf uns selbst achten, wenn wir unsere Kräfte richtig einschätzen und ein-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

teilen, dann können wir auch anderen dauerhaft helfen. Wir sind zu Höchstleistungen in der Lage, aber wir sind nicht für ständige Höchstleistungen geschaffen.

Mit anderen Worten: Der Maßstab ist nicht einfach selbstlose Hingabe, sondern der Maßstab ist ein dauerhaft durchhaltbarer, pragmatisch fundierter Humanismus.

In diesem Bewusstsein ist die Landesregierung die Herausforderung der stark steigenden Zahl von Flüchtlingen von Anfang an angegangen. Von Anfang an haben wir auf eine breite Verantwortungsgemeinschaft gesetzt. Deswegen hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland im Oktober letzten Jahres einen Flüchtlingsgipfel mit allen relevanten Akteuren aus Politik und Gesellschaft einberufen und hat einen zweiten Flüchtlingsgipfel folgen lassen, noch bevor die Bundesregierung ihren ersten Gipfel überhaupt geplant hat.

Krisen sind immer Stunden der Exekutive. Die Landesregierung ist in der aktuellen Krise natürlich besonders gefordert. Wir betreiben zusammen mit den Kommunen ein Krisenmanagement, so gut wir es überhaupt können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wir haben einen Lenkungskreis im Land eingerichtet, der schnell entscheidet und handelt. Wir sind durch Staatssekretär Murawski im Krisenstab der Bundesregierung vertreten und stimmen uns in allen operativen Fragen eng mit der Bundesregierung und anderen Ländern ab.

Wir haben in kürzester Zeit Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen – die Ministerin hat es gerade noch einmal vorgetragen –: in Ellwangen, Meßstetten, Heidelberg, Neuenstadt, Weingarten, Hechingen, Sigmaringen, Mannheim, Sinsheim, Donaueschingen, Offenburg, Freiburg, Villingen-Schwenningen, Bruchsal, Wertheim und Philippsburg. Wir planen weitere in Mannheim, Tübingen und Schwäbisch Hall.

Es ist gesagt worden: Zu Beginn hatten wir 900 Plätze in Karlsruhe. Heute sind wir bei einer Regelkapazität von 16 000 Plätzen. Das ist eine Verachtzehnfachung in kurzer Zeit. Wir entlasten damit die Kommunen. Das kann Baden-Württemberg wie kein anderes Bundesland tun. Das möchte ich noch einmal betonen. Anderswo werden Flüchtlinge teilweise einfach durchgereicht. Das versuchen wir so gut, wie es möglich ist, zu verhindern.

Alle müssen sich noch einmal die Zahlen vor Augen führen: Im September waren 18 000 zusätzliche Flüchtlinge unterzubringen. Dass wir es geschafft haben, dass niemand auf dem Bürgersteig übernachten oder im Garten liegen muss, wie es anderswo vorkam, ist eine ganz beachtliche Gemeinschaftsleistung von Land und Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Wir werden jetzt in Heidelberg ein neues Verteilzentrum einrichten. Dort sind große Liegenschaften, in denen drei Viertel aller Flüchtlinge innerhalb weniger Tage registriert, erkennungsdienstlich behandelt und medizinisch untersucht werden können. Diejenigen mit guter Bleibeperspektive werden danach direkt in die Kommunen verteilt, diejenigen mit schlechter Bleibeperspektive kommen in die Erstaufnahmeeinrichtungen. Dieses baden-württembergische Modell wird

bundesweit stark beachtet und dient auch als Blaupause für andere Länder.

Es ist schon gesagt worden: Allerdings können wir dort nicht alle konzentrieren. Es gibt auch Flüchtlinge, die spontan auftreten – einfach in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Die werden dann dort aufgenommen und registriert.

Wir haben die Polizei gestärkt und Sozialarbeiter eingestellt. Wir werden im Rahmen eines Nachtragshaushalts für weitere Verstärkungen sorgen.

Wir haben die Flüchtlingspauschale auf 13 200 € aufgestockt. So stark unterstützt kaum ein Land außer Bayern seine Kommunen. Mit den kommunalen Landesverbänden haben wir einvernehmlich vereinbart, die Liegenschaften spitz abzurechnen.

Wir unterstützen also die Kommunen mit einem speziellen Bauprogramm – auch das ist schon gesagt worden – von 30 Millionen € bei den Flüchtlingsunterkünften. Es ist aber klar – das habe ich auch im Gespräch mit der Bundeskanzlerin noch einmal sehr deutlich gemacht –: Die eigentliche Herausforderung sind diejenigen, die bleiben; die bleiben in den Kommunen.

Nun liegt die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau seit der Föderalismusreform bei den Ländern. Das ist in normalen Zeiten auch in Ordnung. Aber bei dieser gigantischen Herausforderung geht das Ganze nicht ohne ein Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern. Das muss in ganz anderen Größenordnungen erfolgen als bisher.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge eingerichtet, haben 200 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und lassen 200 weitere folgen. Wir haben Programme zur Arbeitsintegration und Sprachförderung aufgesetzt. Wir haben ein Handbuch für Flüchtlingshelfer herausgegeben, das einem geradezu aus der Hand gerissen wird, sodass wir schon die zweite Auflage machen müssen.

Das heißt, wir handeln koordiniert, wir handeln entschlossen und mit ganzer Kraft, um unserer Verantwortung möglichst gut gerecht zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Allerdings: Wir stoßen – einfach aufgrund der Zahlen – an unsere Grenzen. Trotz des rasanten Ausbaus von Erstaufnahmeeinrichtungen führt die Tatsache, dass wir derzeit 27 000 Flüchtlinge untergebracht haben, natürlich zu einer Überbelegung in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich verstehe, dass dies nicht gut ist und allen enormen Stress bereitet. Aber bitte: Was ist die Alternative dazu? Wer dies kritisiert, den verstehe ich auch. Jeder hat das Recht dazu. Worin liegen bitte die Alternativen? Die muss ich dann schon auch irgendwann einmal hören.

Ich will noch einmal sagen: Die Überbelegung in der Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen ist nun wirklich dramatisch. Der Leiter der operativen Stabsstelle des Lenkungskreises, Landesbranddirektor Schröder, hat mir gesagt, dass noch heute, spätestens morgen die Einrichtung in Ellwangen um 1 000 Personen entlastet wird; diese werden woanders untergebracht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das habe ich gemeint mit der Aussage, dass ich keine Brandbriefe brauche. Denn das wissen wir selbst. Wir sind bestens informiert, was dort geschieht und wie dort die Zustände sind. Es ist also bekannt. Sobald wir Entlastungskapazitäten haben, tun wir alles, was möglich ist, um diese überlasteten Aufnahmeeinrichtungen zu entlasten. Aber es ist in der Regel so: Sobald wir an einem Ende Entlastungen schaffen, läuft es uns am anderen Ende zu. Das muss einfach jeder einsehen. Das sind einfach die Faktizitäten. An denen kann die Landesregierung erst einmal nichts ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt will ich noch auf die Frage eingehen: Was ist eigentlich politisch gesehen – am Donnerstag steht ja der Gipfel an – der Dreh- und Angelpunkt, an dem wir schrauben können? Das ist die lange Verfahrensdauer. Die lange Verfahrensdauer ist der Dreh- und Angelpunkt, an dem wir aktuell etwas in der Krise verbessern können. Derzeit dauert ein Verfahren im Schnitt fünf bis sechs Monate. Das ist viel zu lange.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Letzten Sommer habe ich einen Brandbrief an die Bundeskanzlerin geschrieben, in dem ich darauf hingewiesen habe, dass das Personal hier aufgestockt werden muss. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat im Oktober letzten Jahres einstimmig den dramatischen Appell an die Bundesregierung gerichtet,

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

die Verfahrensdauer durch Einstellung von mehr Personal zu verkürzen. Aber es hat über ein halbes Jahr gedauert, bis die Maizière dann verkündet hat, dass die Kapazitäten um 2 000 Stellen aufgestockt werden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist aufgrund des Anschwellens der Flüchtlingszahlen wieder zu wenig. Natürlich kann man diese Kräfte jetzt nicht so schnell requirieren. Das ist einfach so. Das lag nun wirklich nicht an uns. Ich möchte keine Schuldzuweisung machen.

(Zuruf von der CDU)

Das ist einfach eine Tatsache, die einen Teil unserer Probleme verursacht. Da ist wertvolle Zeit verloren gegangen. Jetzt müssen wir schauen, dass wir das durch schnellere Asylverfahren lösen.

(Glocke des Präsidenten)

Denn dadurch werden die Erstaufnahmeeinrichtungen entlastet, die Menschen werden nicht länger in Unwissenheit gelassen, und der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, würde sich für jene ohne Bleibeaussicht drastisch verringern. Wenn wir die Verfahrensdauer auf unter drei Monate senken, dann werden alle anderen Anreizfunktionen sehr stark gemindert. Das muss jeder sehen. Das betrifft auch Ihre Diskussion über das Taschengeld. Wenn das Verfahren in einer entsprechend kurzen Zeit abgeschlossen ist, sinkt in jeder Hinsicht der Anreiz drastisch. Darum ist das das A und O.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Peter Hauk CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Einen Moment. Ich führe noch den Gedanken zu Ende.

Jene, die bleiben können, können dann schneller integriert werden und schneller in Arbeit kommen. Abgelehnte Asylbewerber haben dann schneller Klarheit und würden schneller in ihre Heimat zurückgeführt oder können freiwillig dorthin zurückkehren.

Wir müssen deswegen die Prioritäten hier klar setzen. Dazu braucht man uns nicht zu überzeugen. Dass wir Flüchtlinge mit Bleiberecht und Flüchtlinge ohne Bleiberecht unterschiedlich behandeln müssen, das bezweifelt niemand – vielleicht außer der Linkspartei; das weiß ich nicht genau. Aber nicht einmal Ministerpräsident Ramelow zweifelt daran, sondern sieht hier die Dinge genauso wie alle anderen Ministerpräsidenten auch und teilt die Einschätzung, dass es in dieser Situation gar nicht anders geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir müssen also sehen: Seither haben wir gerade einmal 50 zusätzliche Mitarbeiter vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommen. Am letzten Dienstag gab es nun ein langes Treffen mit der Bundeskanzlerin. Dort haben alle Ministerpräsidenten intensiv darauf hingewiesen, dass die Verfahrensdauer verkürzt werden muss. Das Ergebnis haben Sie gesehen: Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Herr Dr. Schmidt, ist zurückgetreten. Jetzt übernimmt diese Position Herr Weise, der Leiter der wahrscheinlich größten Behörde der Welt mit 70 000 Beschäftigten. So können wir darauf bauen, dass es jetzt sehr schnell zu einer Entlastung kommt und die Entscheidungen schneller getroffen werden. Jedenfalls erwarten wir von der Bundesregierung, dass das jetzt endlich eintritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich will noch einmal betonen, dass wir hier ansonsten mit der Bundesregierung gut zusammenarbeiten. Ich möchte mich da ansonsten überhaupt nicht beschweren. Der Bund-Länder-Koordinierungsstab trifft sich jede Woche, da wird jeden Tag zweimal telefoniert. Die Dinge werden also so gut abgestimmt, wie es geht.

Im Hinblick auf den anstehenden Flüchtlingsgipfel bin ich sicher – ich gehe jedenfalls konsensorientiert und kompromissbereit dort hin –, dass wir da ein Paket schnüren werden, hinter das wir alle uns stellen können.

(Zuruf von der CDU: Was sind Ihre Forderungen?)

Jetzt ist es, glaube ich, wichtig, dass ich noch etwas zur Gesundheitskarte sage. Erstens: Die Gesundheitskarte ist schon beim letzten Asylkompromiss verhandelt worden.

(Zuruf von der CDU: Ganz andere Zahlen!)

Da ist also nicht irgend ein Kuhhandel gemacht worden, Herr Rülke. Die Gesundheitskarte ist verhandelt worden. Sie stand nur nicht im Papier der Großen Koalition drin. Ich habe darauf bestanden, dass Dinge, die verhandelt werden, auch gemacht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Jetzt muss ich doch noch einmal klarstellen: Mit dieser Gesundheitskarte findet keine Rundumversorgung statt – jedenfalls habe ich der Zeitung entnommen, dass Sie das so gesagt haben, Herr Fraktionsvorsitzender Wolf.

(Abg. Johannes Stober SPD: Unverschämt!)

Ich bitte Sie, sorgfältiger zu prüfen, bevor Sie solche Äußerungen machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Leistungskatalog der Gesundheitskarte wird gegenüber dem jetzigen Leistungskatalog für Asylbewerber überhaupt nicht verändert.

(Zurufe von den Grünen: Aha! – Hört, hört!)

Das muss einmal klar sein. Das ist der gleiche Leistungskatalog. Insofern findet da kein Anreiz statt, sondern es findet eine Verwaltungsvereinfachung bei den Kommunen statt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Um den erleichterten Zugang geht es!)

Wer krank ist, entscheidet ein Arzt und nicht ein Verwaltungsbeamter. Es ist der Mindeststandard in unserer Zivilisation, dass Krankheit durch einen Arzt festgestellt wird und nicht durch einen Verwaltungsbeamten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich muss schon sagen: Natürlich nehmen wir alle die Sorgen und Ängste der Bevölkerung auf, und wir nehmen sie auch ernst.

(Zuruf von der CDU: Das glaube ich nicht!)

Aber wir sind auch dazu verpflichtet, den Menschen die Ängste, die auf unkorrekten Annahmen beruhen, zu nehmen; das ist ja klar. Wenn Kassenpatienten schon die Meinung haben, sie würden gegenüber Privatpatienten benachteiligt, hätten längere Wartezeiten und einen eingeschränkten Leistungskatalog, und jetzt auf einmal kolportiert wird, die Asylbewerber bekämen eine Rundumversorgung, dann schürt man meines Erachtens mit solchen Aussagen die Ängste und nimmt den Leuten nicht die Ängste.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministers Dr. Nils Schmid – Zurufe von den Grünen und der SPD: Bravo! – Richtig! – So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Blödsinn! Es hat noch nie ein Verwaltungsbeamter über Gesundheit und Krankheit entschieden! So ein Quatsch! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wecken Hoffnungen!)

Die Gesundheitskarte ist also schon beim letzten Asylkompromiss verhandelt worden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist noch nicht entschieden, oder?)

Jetzt ist Folgendes entscheidend. Ich erwähne noch einmal zum Thema „Sichere Herkunftsländer“: Es war immerhin ein einstimmiger Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, dass das evaluiert werden soll. Das war nicht nur meine Pri-

vatmeinung. Man muss doch, wenn man Maßnahmen durchführt, schauen, ob sie die erwünschte Wirkung haben. Man kann jedenfalls statistisch erheblich bezweifeln, dass diese Wirkung so groß ist, wie es viele erwarten.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Jedenfalls ist das Entscheidende bei dieser Frage – da mache ich keinen Kuhhandel –, dass den Menschen im Balkan auch eine Legalperspektive eröffnet wird. Da haben wir, glaube ich, gar keine Differenz, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP nickt.)

Sie haben von einem Zuwanderungsgesetz gesprochen. Dieser Meinung sind wir auch. Ich weiß nicht, wie lange das jetzt geht, weil es da in der Union erhebliche Vorbehalte gibt. Deswegen war es mein Anliegen, jedenfalls für die Balkanstaaten einen Ausbildungs- und Beschäftigungskorridor auszugestalten, damit, wenn wir jetzt sozusagen beim Asyl etwas stärker zumachen – wobei das Grundrecht auf Asyl immer bestehen bleibt; dazu gibt es eine klare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts –, wenn wir da etwa die Verfahren beschleunigen – jetzt rutscht mir die Hose etwas herunter –,

(Der Redner zieht seine Hose hoch. – Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mehr essen! Regelmäßig essen!)

auf der anderen Seite auch eine Perspektive deutlich wird. Diese ist jetzt erst einmal verhandelt. Es wird entscheidend sein, dass dem auf dem anstehenden Gipfel zugestimmt wird. Denn wir brauchen diese Menschen. Sie sind hoch motiviert. Viele, die nach dem Bürgerkrieg hier aufgewachsen sind, können gut Deutsch. Es ist nur richtig, ihnen auch eine Perspektive zu eröffnen, um ihnen gleichzeitig zu sagen: Der Weg über das Asyl kann für euch nicht gehen; wer ihn nimmt, der wird zurückgeschickt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich will noch einmal sagen: Das machen wir. Wir führen diese Menschen zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten.

Deswegen ist es, damit wir das alles machen können, wichtig, dass die Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen von drei Monaten auf sechs Monate erhöht wird, damit wir in der Tat nicht gesetzlich gezwungen werden, wenn die Verfahren immer noch zu lange dauern, die Leute ohne eine Entscheidung in die Kommunen zu schicken; denn das führt operativ zu großen Schwierigkeiten. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, die Verweildauer zu erhöhen.

Allerdings halte ich im Gegenzug dazu die Forderung aufrecht, dass die maximale Verfahrensdauer von drei Monaten dann auch im Gesetz festgeschrieben wird, damit der Bund nicht weiter meint, er brauche die Verfahren nicht zu beschleunigen, und wir dann die Menschen immer länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen halten müssen. Auch das wird so nicht gehen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Auch Leistungskürzungen werden wir beschließen. Das machen wir übrigens schon. Flüchtlingen, die sich bewusst der Mitwirkung entziehen, wird das Taschengeld schon jetzt gekürzt. Das haben wir in der Landesregierung schon beschlossen. Also auch da schauen wir, dass wir das Richtige machen. Darauf können Sie sich verlassen.

Aber ich will noch einmal sagen: Entscheidend ist die Verfahrensdauer, und das Sachleistungsprinzip in den Erstaufnahmeeinrichtungen gilt. Dazu bekommen die noch ein Taschengeld. Jetzt wird auch noch einmal über Gutscheine verhandelt. Das ist alles in dem Paket drin. Aber das Sachleistungsprinzip für die Erstaufnahmeeinrichtungen ist vereinbart. Zusätzlich gibt es ein Taschengeld. Da hat uns das Bundesverfassungsgericht enge Grenzen in der Ausgestaltung gesetzt. Das weiß auch jeder.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie jetzt Zwischenfragen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: So weit zunächst einmal. – Jetzt die Zwischenfragen, bitte.

Präsident Wilfried Klenk: Der Kollege Glück und dann der Kollege Zimmermann, bitte.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen.

Sie haben vorhin den Punkt Verfahrensdauer und schnelle Asylverfahren angesprochen. In der Tat sehen auch wir darin einen Schlüssel, dass man schnelle, präzise Asylverfahren hat. Jetzt haben Sie den ehemaligen BAMF-Präsidenten, Herrn Dr. Schmidt, vorhin auch zitiert, der sagte: „Es geht nur über die Definierung weiterer sicherer Herkunftsländer.“ Daher meine Frage: Wie stehen Sie zu unserer Forderung? Sie haben gesagt, das müsse man erst einmal evaluieren. Die Evaluierung der ersten Tranche der sicheren Herkunftsländer ist ja bereits letzte Woche erfolgt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Quatsch!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Von wem ist die erfolgt?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Daher frage ich jetzt nach Ihrer Einschätzung: Wie stehen Sie dazu, weitere sichere Herkunftsländer, nämlich das Kosovo, Albanien und Montenegro, zu definieren, ohne diese wichtige Frage an andere Fragen zu koppeln?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich kann mich nur wiederholen. Schon im Bundesrat habe ich damals gesagt: Das Institut der sicheren Herkunftsländer wird überschätzt. Haargenau so ist es. Wenn man sich die Statistiken anschaut – das kann ich selbst ja nun auch –, dann stellt man da ganz unterschiedliche Zahlen fest: Mal sinkt es, mal steigt es, mal bleibt es gleich. Das muss also andere Ursachen haben. Das habe ich schon in der Bundesratsrede angemahnt. Dass alle glauben, das sei nun der Stein der Weisen, das halte ich für einen Irrtum.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das erleichtert vieles!)

Das können Sie auch nicht nachweisen. Niemand macht das. Die Bundesregierung hat es bisher nicht gemacht. Sie machen es nicht. Sie haben jetzt gerade behauptet, die Evaluation liege seit letzter Woche vor. Mir liegt gar nichts vor. Ich habe diese Evaluation nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich sage es Ihnen nachher! – Weitere Zurufe – Vereinzelt Heiterkeit)

Aber das ist Bestandteil eines Gesamtpakets. Ich habe jetzt noch einmal gesagt, worauf es insbesondere ankommt, nämlich auf diesen Korridor für Arbeit und Ausbildung. Das ist nun ein richtiger Sachzusammenhang. Wenn ich sichere Herkunftsländer festlege und das Asylverfahren für diese Menschen erschwere, dann muss ich ihnen auf der anderen Seite eine Legalperspektive weisen. Das ist alles mit Bestandteil im Verhandlungspaket. Das wird morgen verhandelt. Und ich gehe offen und kompromissbereit in diese Verhandlung; da können Sie ganz sicher und zuversichtlich sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Zimmermann, bitte.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das Zulassen der Frage.

Ich unterstütze Ihr Anliegen der frühen Rückführung; die Asylverfahren müssen schnell beendet werden. Wie erklären Sie sich dann den Umstand – ich bin jetzt nahezu 15 Jahre im Petitionsausschuss, heute Nachmittag ist wieder eine Petitionsausschusssitzung –, dass bei allen Aufenthaltsfragen, die gerichtlich schon entschieden sind – Zurückführung, Asyl abgelehnt –, insbesondere die Vertreter der Grünen im Petitionsausschuss diese Fälle mit Petitionsverfahren verzögern?

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe)

Heute Nachmittag stehen allein fünf Verfahren an, die die Regierung beantwortet hat – freundlicherweise in der Regel vom Innenministerium – und die seit über einem Jahr nicht bearbeitet wurden. Sie wurden verzögert, und diese Verzögerungstaktik stelle ich seit vier Jahren im Petitionsausschuss fest. Verfahren, zu denen z. B. das Innenministerium schon im Mai 2014 einen Bericht abgegeben hat, stehen erst heute auf der Tagesordnung. Berichte, die schon im Mai 2014 abgegeben wurden, werden erst heute im Petitionsausschuss behandelt. Wie erklären Sie sich diesen Umstand?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abg. Zimmermann, Sie werden nun vom Regierungschef nicht erwarten, dass er sich in das Allerheiligste des Landtags begibt, nämlich den Petitionsausschuss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das wäre nun das Allerletzte, was mir einfiel, Vorgänge des Petitionsausschusses in irgendeiner Weise zu klären. Wenn Ihnen da irgendetwas nicht gefällt, was andere Mitglieder des Petitionsausschusses machen,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Mitglieder der Fraktion!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

dann tragen Sie das denen persönlich direkt vor.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sprechen Sie als Abgeordneter?)

Auf dieses Glatteis lasse ich mich wirklich nicht führen. Der Petitionsausschuss ist dazu da, Forderungen an die Regierung zu richten. Von diesen ist die Regierung manchmal begeistert, manchmal nicht. Jede Regierung ist gehalten – das ist eine lange Tradition –, immer den größten Respekt gegenüber dem Petitionsausschuss aufzuwenden. Diese Tradition möchte ich nicht brechen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, Herr Zimmermann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will zum Schluss noch einmal sagen:

(Zuruf: Unglaublich!)

Baden-Württemberg ist ein tolerantes Land, aber unsere Toleranz hat klare Grenzen. Wir akzeptieren Kritik. Jeder, Herr Abg. Wolf, kann hier sagen, was er denkt. Wir leben schließlich in einem freien Land. Aber man muss sich natürlich nicht immer hinter dem, was andere denken, verstecken. Man muss schon auch selbst sagen, was man meint. Ich kann jedenfalls keine Politik machen, bei der ich mich hinter Überschriften von Zeitungen verstecke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man braucht auch nicht alles zu kommentieren, auch nicht als Ministerpräsident!)

Man muss schon selbst sagen, was die eigene Meinung ist, und nicht, was irgendwie andere meinen.

Also, sagen kann hier jeder, was er will.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie brauchen es aber nicht zu kommentieren!)

Die Figur, dass man in diesem Land nicht sagen dürfe, was man möchte, sollten wir bitte schön gar nicht aufnehmen. In diesem Land kann nämlich jeder sagen, was er möchte. Er kann selbst widerwärtige Sachen sagen. Das ist alles erlaubt in diesem Land. Bis zu einer bestimmten Grenze, wo es zur Volksverhetzung kommt, ist das erlaubt. Das wissen wir alle. Aber wir selbst müssen eine klare Sprache und eine klare Haltung, Offenheit und Klarheit in dem, was wir sagen, haben. Wir müssen diese Dinge aufnehmen, mit den Menschen diskutieren, gegebenenfalls auch hart, aber auch verständnis- und rücksichtsvoll. Es kommt immer darauf an, wie die Situation gerade ist.

Aber wir müssen darauf bestehen: Baden-Württemberg ist ein tolerantes Land. Wir akzeptieren Kritik, aber wir akzeptieren keine Gewalt gegen Flüchtlinge. Ich bin sehr dankbar, dass der Landtag hier einstimmig beschlossen hat, dass wir Angriffe auf Asylbewerber in keiner Weise dulden werden, dass wir Brandanschläge auf Asylheime aufs Schärfste verurteilen. Wer Hass sät, wer Gewalt ausübt, Brandanschläge plant oder durchführt, gegen den gehen wir mit der ganzen Härte des Rechtsstaats vor. Auch das muss klar gesagt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich will noch einmal sagen: Dass Baden-Württemberg ein Land mit einer Willkommenskultur ist, zeigen die vielen Helfer. Das zeigen aber auch – Sie haben sehr zu Recht darauf hingewiesen, Herr Abg. Rülke – die hauptamtlich Tätigen, die bis zum Anschlag arbeiten.

Ich will noch etwas zur Informationspolitik sagen. Wir informieren die Kommunen so zeitnah, wie wir können. Doch Sie müssen auch verstehen: Wenn nachts um zwölf ein Zug mit 700 Flüchtlingen ankommt, dann müssen wir diese unterbringen, und dann erreicht man vielleicht nicht jeden. Ansonsten tun wir, was wir können und so schnell wir können, aber alle diese Menschen arbeiten selbst am Anschlag. Das muss man auch sehen. Sie sind nachts um zwölf fertig, und dann kommt noch einmal ein Zug. Wir müssen uns einfach in die Lage dieser Mitarbeiter versetzen. Deswegen klappt mit der Information nicht alles wie am Schnürchen. Das muss jeder verstehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will einmal einen von den hauptamtlich Tätigen hervorheben. Das ist Landesbranddirektor Hermann Schröder.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Guter Mann!)

Ich danke Gott jeden Tag dafür, dass wir Hermann Schröder haben. Er ist nicht nur ein Organisationsgenie, sondern auch jemand, der bis zum Umfallen alles organisiert und als Leiter der operativen Stabsstelle des Lenkungskreises eine ganz wertvolle Kraft ist. Er ist ein hervorragendes Beispiel, dass nicht nur die ehrenamtlichen Helfer, sondern auch die hauptamtlich Tätigen in unserem Land viel mehr tun, als sie tun müssten. Auch denen möchte ich hier wirklich herzlich danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Die Flüchtlinge – ich danke dem Fraktionsvorsitzenden Schmiedel, dass er so klar darauf hingewiesen hat – sind auch eine Chance für uns. Er hat darauf hingewiesen, dass große Flüchtlingsströme auf der Welt immer auch positive Effekte haben. Auch das müssen wir sehen. Die Zahl der Menschen in unserer Gesellschaft wird immer geringer, die Menschen werden immer älter, und der Fachkräftemangel ist eines der ganz großen Probleme. Deswegen müssen wir die anerkannten Flüchtlinge gut integrieren.

Natürlich ist es kein einfacher Weg. Der Weg ist mit Belastungen und mit Stress für alle Beteiligten verbunden. Wir müssen die Flüchtlinge, die hierbleiben, alle in den Wohnungsmarkt integrieren. Das ist die allererste und allergrößte Herausforderung. Wir müssen sie in den Arbeitsmarkt integrieren. Viele sind gut qualifiziert, andere natürlich weniger. Wir müssen sie in das Bildungssystem integrieren – was uns bisher sehr gut gelungen ist, indem wir die Fehler der Gastarbeitergeneration nicht wiederholen, sondern diese Kinder sofort integrieren. Aber natürlich müssen wir sie auch in unsere Rechtskultur integrieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Unsere Rechtskultur ist geprägt durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, eine hervorragende Verfassung. Jeden, der hierherkommt, können wir nur deswegen aufnehmen, weil wir aufgrund dieser Verfassungsordnung ein wohlgeordnetes Gemeinwesen haben und die Stärke und Kraft haben – auch wirtschaftlich –, diese humanitäre Verpflichtung überhaupt zu leisten. Von jedem, der hierherkommt, können wir erwarten – und tun das auch –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

dass er sich in diese Rechtskultur integriert. Das möchte ich klar sagen. Da gibt es auch gar keine Rabatte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir haben Geduld mit allen. Denn es geht natürlich nicht so schnell, sich zu integrieren, wenn man aus völlig anderen Kulturen kommt, wenn man aus Regionen kommt, in denen die Menschen nichts anderes als Diktaturen kennen und ein völlig anderes Verhältnis zum Staat, zu den Freiheitsrechten haben.

Ich kann es nur am Beispiel der Religionsfreiheit sagen. Ja, bei uns herrscht Religionsfreiheit. Jeder kann die Religion ausüben, die er möchte. Das heißt aber, er muss auch die Religionsfreiheit anderer und auch derjenigen akzeptieren, die keiner Religion angehören und nichts von Religionen halten.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Genau!)

Man kann sich bei uns über Karikaturen aufregen, man kann sie auch geschmacklos finden, aber man darf deswegen keine Gewalt anwenden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist ein klares Beispiel dafür, was ich meine: Wir integrieren diese Menschen gern, wir nehmen sie auf der Grundlage unserer Werte, unserer Verfassungsordnung gern auf. Nur wenn alle diese Grundordnung achten, die ja jedem die mögliche Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit gibt, damit jeder seine Kultur leben kann, dann kann dieses Werk gut gelingen.

Ich bin überzeugt: Es ist eine große und schwierige Herausforderung. Aber mit der Bundeskanzlerin bin ich der Meinung: Vorausgesetzt, Europa findet sich wieder, können wir es schaffen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Gemäß § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Wolf das Wort.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie die von SPD und CDU beantragte Aktuelle Debatte

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das wurde ja schon oft genug betont!)

zum Anlass genommen haben, selbst ans Pult zu gehen und Ihre Position darzulegen.

Um ehrlich zu sein: Den Schluss Ihrer Rede fand ich am stärksten, und zwar den klaren Appell, dass alle, die zu uns kommen, letztlich gefordert sind, weil es zwingend ist, sich an diese eine Rechtsordnung, nämlich an die unseres Landes, zu halten. In diesem Punkt will ich Ihnen ausdrücklich zustimmen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Weil Sie noch beispielhaft die Religionsfreiheit genannt haben, würde ich gern ergänzen wollen, dass alle Länder, die von uns die Religionsfreiheit erwarten, den Christen in gleicher Weise ermöglichen sollten, in ihren Ländern als Christen leben zu können. Auch das gehört zu Toleranz und zu Religionsfreiheit über unser eigenes Land hinaus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, ich will, um auch diese Facette deutlich zu machen, wiederholen, dass jede Landesregierung, die im Moment mit dieser Herausforderung konfrontiert wird, natürlich vor großen Problemen steht und es bei keiner Landesregierung, egal in welcher politischen Farbkonstellation, nicht auch Holprigkeiten gäbe. Das sehen wir auch, wenn wir in andere Länder der Bundesrepublik Deutschland schauen.

Was mir an Ihren Ausführungen gleichwohl missfällt: Ich vermissem ein gerüttelt Maß an Selbstkritik. Dass zu vieles in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der Unterbringung von Flüchtlingen nicht funktioniert, geht auf Ihr Konto, Herr Ministerpräsident. Auch darüber müssen wir sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt: „Wir betreiben Krisenmanagement so gut, wie wir es eben können.“ Das ist vielleicht das Problem.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben auch gesagt, Sie brauchten keine Brandbriefe, und weisen gleichzeitig darauf hin, Sie hätten einen Brandbrief an die Kanzlerin geschrieben. Ich denke, Sie sollten Ihr Verhältnis zu Brandbriefen klären.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Entweder machen Brandbriefe Sinn; dann war der an die Kanzlerin sinnvoll. Oder sie machen keinen Sinn; dann hätten Sie sich auch den an die Kanzlerin sparen können.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: „Geben Sinn“, nicht „machen Sinn“!)

Aber wichtiger als Brandbriefe sind Problemlösungen. Es ist natürlich völlig richtig – das diskutiert doch niemand weg –, dass da auch der Bund in der Verpflichtung ist und wir noch mehr Personal im Bundesamt benötigen.

(Zuruf von der SPD: Wie viel?)

(Guido Wolf)

Dass viele von den jetzt bereits bewilligten Stellen noch nicht besetzt sind, ist auch richtig. Aber, meine Damen und Herren, es ist zu kurz gesprungen, die zu lange Dauer von Asylverfahren in diesem Land immer ausschließlich mit Defiziten beim Bundesamt zu begründen. Dafür haben Sie zu viele Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung in Ihren eigenen Händen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen, u. a.
Abg. Dr. Markus Rösler: Haben Sie nicht zugehört?
Ein tauber Wolf ist schlecht!)

Es gibt Entscheidungen, die seitens der Landesregierung auf den Weg gebracht werden können. Es gibt die Möglichkeit, bei der Unterbringung zu trennen und jene, die erkennbar keine Bleibeperspektive haben, gezielt an einem Standort unterzubringen und die Zuständigkeiten auf diesen Standort auszurichten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat das mit der Verfahrensdauer zu tun?)

Herr Ministerpräsident, ich wiederhole mich. Ich verweise auf die Erfahrungen, die Anfang der Neunzigerjahre bei der Einrichtung von Bezirksstellen für Asyl gemacht wurden. Ich war damals Asylrichter und traue mir deshalb ein Urteil zu. Die Bündelung von Zuständigkeiten, die kurzen Wege über den Gang, die kurzen Wege für die Weitergabe von Akten

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und die Zusammenführung unterschiedlicher Stellen tragen zur Beschleunigung des Verfahrens bei. Deshalb fordere ich Sie auf, das in Baden-Württemberg endlich auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie darauf hinweisen, Zeitungsüberschriften seien nicht geeignet, Defizite der Landesregierung aufzuzeigen, dann orientieren wir uns doch einfach an den Aussagen von Kommunalpolitikern, gerade von Kommunalpolitikern der Grünen. OB Salomon sprach von Organisationsversagen. Er hat das deutlich benannt.

Der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer hat nicht nur vor längerer Zeit in der „taz“, sondern auch heute etwas dazu gesagt.

(Zuruf: Der sagt immer was!)

Er ist klug genug, um zu wissen, was heute passiert. Er weiß, dass heute eine Debatte im Landtag von Baden-Württemberg stattfindet. In der heutigen Ausgabe des „Mannheimer Morgens“ war zu lesen, dass er erklärt hat:

Wir haben nicht Platz für alle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Populist!)

Wir haben nicht genug Platz für alle Flüchtlinge. Und deshalb müssen wir eine klare Trennung vornehmen zwischen den Flüchtlingen vom Balkan, die gute Gründe haben, um nach Deutschland zu kommen, und den Kriegsflüchtlingen, die eben noch bessere Gründe haben.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Mit Blick auf die sicheren Herkunftsländer sagte er:

Aber nur diese Unterscheidung erlaubt es uns, für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive schnellere Asylverfahren einzuführen.

Schnellere Verfahren setzen also auch voraus, sich endlich bereit zu erklären, weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, und nicht weiterhin Tauschgeschäfte und parteipolitische Spielchen zu betreiben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ebendieser grüne Oberbürgermeister Boris Palmer spricht sich auch für die Abkehr von Geldleistungen an Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern aus.

Sie müssen also noch nicht einmal das aufgreifen, was die Opposition sagt. Gleichwohl finde ich, dass Sie gut beraten wären, angesichts einer derart historischen Herausforderung gelegentlich zu erkennen zu geben, dass nicht allein die Landesregierung die Weisheit mit Löffeln gefressen hat, sondern dass es auch gute Anregungen der Opposition und der Kommunen gibt. Das wäre ein Zeichen von Größe, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde, Sie sollten die Sorgen und Rückmeldungen aus den Landeserstaufnahmeeinrichtungen ernst nehmen. Gestern waren es die Sozialverbände, die die Situation in Ellwangen sorgenvoll dargestellt und Abhilfe gefordert haben. Die Einrichtung in Ellwangen war für 500 bis 800 Flüchtlinge ausgelegt. Nach meiner Kenntnis sind es jetzt etwa 4 000.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mehr!)

Ich finde, es ist nicht besonders vertrauenerweckend, wenn Sie, wie gestern in der Landespressekonferenz geschehen, sagen, künftig würden Sie überhaupt keine Obergrenzen mehr benennen. Wer soll sich denn noch auf diese Landesregierung und das Wort eines Ministerpräsidenten verlassen können, wenn er von vornherein sagt: „Ich sage erst gar nichts mehr, dann wisst ihr nicht, auf was ihr euch verlassen müsst, und dann können wir die Dinge treiben lassen“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe Ihnen beim letzten Flüchtlingsgipfel gesagt, dass Sie ein Getriebener sind. Sie sind bis zum heutigen Tag ein Getriebener. Wir brauchen aber in diesem Land keinen Ministerpräsidenten, der sich treiben lässt, sondern einen Ministerpräsidenten, der die Probleme löst.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben heute zu Recht viel über die Rettungsdienste, über die hauptamtlich Tätigen und über die Flüchtlingshelfer gesprochen. Übrigens ist Herr Schröder nicht das Problem. Das hat niemand gesagt. Auch wir wollen ihm herzlich für seine Arbeit danken.

Ich will noch eine weitere Personen- und Berufsgruppe benennen – keine Zwischenfragen –, nämlich die Polizei.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Habe ich schon!)

(Guido Wolf)

– Dann greife ich das gern auf, liebe Kollegin. Wenn ich das überhört habe, dann will ich das gern aufgreifen, was die Kollegin Sitzmann angesprochen hat. Ich bedaure, dass mir das entgangen ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das sind wir gewohnt! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das scheint öfter der Fall zu sein!)

– Keine Aufregung, Herr Lede Abal. Ganz ruhig.

Die Polizei leistet angesichts dieser riesengroßen Herausforderungen einen ungeheuren Beitrag dazu, dass die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft nicht noch größer werden. Unsere Polizei ist in dieser Zeit gefordert wie selten zuvor.

Deshalb möchte ich für meine Fraktion sagen: Herr Innenminister, wir unterstützen alles, was Sie zur Stärkung der Polizei planen. Es gibt jetzt mehr Menschen in unserem Land. Es gibt im Umfeld von Unterbringungseinrichtungen ganz spezifische Situationen, die besondere polizeiliche Antworten erfordern. Die Polizei in Baden-Württemberg braucht angesichts dieser Herausforderungen eine Stärkung durch die Politik. Wir stehen dazu bereit, Herr Innenminister.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, als es um die Gesundheitskarte ging, hatte ich zeitweise den Eindruck, dass nicht der Herr Ministerpräsident, sondern der Herr Gymnasiallehrer spricht.

(Zurufe von den Grünen)

Bevor Sie sich hier aufschwingen, mir erklären zu wollen, was der Unterschied ist zwischen der heutigen Situation, nämlich der Abholung von Berechtigungsscheinen, und der Gesundheitskarte, hätten Sie sich noch einmal mit der Situation befassen müssen. Wenn jemand einen Behandlungsschein abholt, dann hat der zuständige Verwaltungsbeamte keinen Ermessensspielraum im Sinne einer Sprechstunde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn jemand kommt und sagt, er habe Schmerzen, ihm tue etwas weh, dann bekommt er einen Behandlungsschein, mit dem er zum Arzt geht und dort seine medizinische Versorgung bekommt. Das ist die Wahrheit. Ich bitte Sie, bei der Darstellung von Abläufen präzise zu bleiben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident, Sie überschlagen sich darin, die Bundeskanzlerin zu loben. Das finde ich großartig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte Sie ermuntern, das auch in den anstehenden Gesprächen und Verhandlungen zu tun. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, das zu tun, was seitens der Großen Koalition auf den Weg gebracht worden ist. Dabei will ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD ausdrücklich mit einschließen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit, Farbe zu bekennen und zum Ausdruck zu bringen, ob Sie bereit sind, diese Wege und diese Weichenstellungen seitens des Landes Baden-Württemberg

mit zu unterstützen, oder ob Sie weiterhin zaghaft, hilflos, abwägend und Gegenforderungen erhebend Politik des Landes Baden-Württemberg nach Berlin tragen.

Herr Ministerpräsident, stimmen Sie zu, dass Menschen ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen? Stimmen Sie zu, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen Bargeldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden sollen? Stimmen Sie zu, dass bei unanfechtbar Ausreisepflichtigen die Leistungen deutlich zurückgefahren werden? Stimmen Sie zu, dass wir Mittel brauchen, um Abschiebungen auch ohne langwierige Ankündigungen durchführen zu können? Die Antwort kann nur Ja heißen. Das ist glaubwürdige Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort erhält der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP, Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident, ein dreifacher Dank an Sie: erstens dafür, dass Sie dem Landtag von Baden-Württemberg Rede und Antwort gestanden haben – das war notwendig –, zweitens dafür, dass Sie in dieser Deutlichkeit gesagt haben, dass wir unterscheiden müssen zwischen denjenigen, die politisch verfolgt bzw. durch Kriegshandlungen an Leib und Leben bedroht sind und unseren Schutz brauchen, auf der einen Seite und den Wirtschaftsflüchtlingen, deren Motive nachvollziehbar sein mögen, deren Aufnahme aber unsere Kapazitäten und auch die Akzeptanz der Menschen in diesem Land überfordern würde, auf der anderen Seite. Das war ein klares Bekenntnis; das ist gut. Ich hoffe auch, dass alle in Ihrer Partei dieses Bekenntnis in dieser Deutlichkeit gehört haben.

Zum Dritten haben auch Sie deutlich gesagt, die Flüchtlinge, die zu uns kommen, sollten integrationswillig und integrationsbereit sein und müssten sich an das Grundgesetz, an unsere Rechtsordnung und an unsere Werteordnung halten. Wir sind tolerant gegenüber dem, was sie glauben, denken, sagen – bis zu einer gewissen Grenze. Aber sie müssen sich integrieren, und wir verlangen von ihnen, dass sie unsere Rechtsordnung vollständig akzeptieren. – Das war gut; das war richtig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich stimme auch mit Ihrer Aussage überein: Wir müssen die Ursachen bekämpfen. Wir müssen uns die Frage stellen, was wir vor Ort tun können, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen gar nicht kommen müssen. Ich habe es im ersten Teil der Debatte schon deutlich gesagt: Es ist eine Fehlentwicklung, wenn junge, arbeitsfähige Menschen, die in Albanien daran mitwirken könnten, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in eine positive Richtung bewegt, bei uns um Asyl nachsuchen, notwendigerweise abgelehnt werden und bei uns auf die Abschiebung warten, statt in Albanien zu arbeiten. Das gilt natürlich auch für andere Regionen der Welt.

Wir müssen uns die Frage stellen: Was können wir dazu beitragen, den Konflikt im Irak zu befrieden? Das ist keine einfache Aufgabe, völlig klar. Wir müssen uns auch die Frage

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

stellen, wie wir in anderen Regionen deutlicher helfen können, die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, sodass am Ende Flucht- und Migrationsursachen bekämpft werden.

Das Asylrecht ist ein Grundrecht – auch da stimme ich mit Ihnen überein –, das keine Obergrenze hat. Wir werden niemanden, der im Irak an Leib und Leben bedroht ist, abweisen. Jeder von uns kennt diese Bilder vom Mittelmeer oder vielleicht auch vor ungarischen Zäunen, die einen nicht unbeeindruckt lassen können. Wir können diesen Menschen auch nicht mit der Begründung „Jetzt ist das Boot voll“ die Tür weisen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber wir müssen sehr deutlich aussprechen, dass nicht jeder, der in Deutschland eine bessere berufliche oder wirtschaftliche Perspektive sucht, auch Aufnahme finden kann. Das ist der, wie Sie es formuliert haben, pragmatisch fundierte Humanismus. Humanismus bedeutet Aufnahme für die wirklich Verfolgten. Pragmatismus bedeutet, dass diejenigen, die nicht politisch verfolgt sind, keine Aufnahme finden. Sie haben nämlich in diesem Zusammenhang auch gesagt: „Wir stoßen aufgrund der Zahlen an unsere Grenzen.“

Da beginnt der Bereich, in dem wir nicht einig sind. Sie und Ihre gesamte Regierungskoalition zeigen zu sehr auf den Bund. Wohnungsbau: Bund. Verfahrensdauer: Bund. Sie benennen das, was beim Bund nicht optimal läuft. Das benenne ich auch in aller Deutlichkeit. Man hätte sehr viel früher das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit mehr Personal ausstatten müssen. Da sagen manche: Woher nehmen? Ich habe schon mehrfach gesagt: Die bewaffneten Zöllner, die den Mittelstand heimsuchen, um die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn zu kontrollieren, wären beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutlich besser aufgehoben als bei dieser Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Wohnungsbau ist die Aufgabe des Landes. Man kann natürlich den Bund auffordern, mehr Gelder für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Allerdings stelle ich mir das schon einigermaßen schwierig vor, wie Sie das in den Verhandlungen deutlich machen wollen, Herr Ministerpräsident. Sie und vor allem Ihr Finanzminister haben nämlich über Jahre in diesem Parlament erklärt: „Wir sind in einer desaströsen Haushaltssituation, Erblasten, strukturelle Defizite, von der Vorgängerregierung übernommen, und die Vorgängerregierung zwingt uns zu neuen Schulden.“ Jetzt erfahren wir plötzlich am Ende der Sommerpause vom Kollegen Schmiedel: „Wir brauchen einen Nachtragshaushalt in Milliardenhöhe. Das ist aber kein Problem; das haben wir in der Kasse.“ Drei Tage später setzt der Finanzminister noch einen obendrauf mit der Aussage: „Wir können auch auf Neuverschuldung verzichten. Kein Problem; das haben wir alles in der Kasse.“

Wie glaubwürdig ist eine solche Politik, und wie glaubwürdig sind Sie, wenn Sie dann in Berlin sagen, Sie brauchen das Geld des Bundes für den sozialen Wohnungsbau? Wenn ich Schäuble wäre, würde ich Ihnen sagen: „Bei den Schätzen, die ihr im Wochenrhythmus in eurem Landeshaushalt hebt, könnt ihr das wahrscheinlich selbst aus der Portokasse bezahlen.“ Sie müssen sich also schon überlegen, wie glaubwürdig Ihre Haushaltspolitik ist und wie glaubwürdig das ist, was Sie

und Ihr Finanzminister über Jahre zum Landeshaushalt erzählt haben.

Sie können auch einen Beitrag zur Verkürzung der Verfahrensdauer leisten. Wir haben beim Flüchtlingsgipfel über Verwaltungsrichterstellen geredet. Ich habe Minister Stichelberger gefragt: „Reichen Ihnen die 16 Verwaltungsrichterstellen?“ Er hat gesagt: „Ja, das reicht.“ Jetzt schauen wir uns einmal den Antragsstau bei den vier Verwaltungsgerichten im Land Baden-Württemberg an. Ich sage Ihnen: Das reicht eben nicht. Es genügt nicht, immer nur auf den Bund zu zeigen. Uns fehlt bei Ihnen die Einsicht in eigene Fehler und Versäumnisse und das notwendige Maß an Anstrengungen in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist richtig, zu sagen: Wir brauchen einen Ausbildungs- und Beschäftigungskorridor für Menschen aus den Balkanstaaten. Ich habe im ersten Teil der Debatte deutlich gesagt, es wäre volks- und betriebswirtschaftlicher Unfug, diejenigen, die schon lange hier sind und beispielsweise in Handwerksbetrieben und im Mittelstand integriert sind, abzuschieben, weil am Ende eines langen Verfahrens herauskommt, dass sie nicht politisch verfolgt sind.

(Zuruf: So ist es!)

Wir werden weiter – Stichwort Pflege – Menschen vom Balkan für unseren Arbeitsmarkt brauchen. Dafür müssen wir eine Zugangsmöglichkeit schaffen, aber eben nicht über das Asylrecht. Deshalb ist es notwendig, Anreize zu beseitigen. Denn Sie haben selbst gesagt: Es gibt Sachleistungen in den Erstaufnahmestellen, aber es gibt auch ein Taschengeld. Das ist ein Problem.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist Ihr Problem!)

Das ist ein Fehlanreiz, über den man diskutieren muss. Ich hoffe sehr, dass Sie das nächste Woche auch tun.

In Ihrer Rede hat Ihre Positionierung zu dem, was Sie in der nächsten Woche tun wollen, gefehlt. Sie haben beschrieben, was in der Vergangenheit passiert ist, haben ein Grundsatzbekenntnis abgelegt, haben deutlich gemacht, dass die Herausforderung groß ist, haben Verantwortlichkeiten beim Bund benannt, haben sich aber nicht zu den eigenen Versäumnissen bekannt und auch nicht dargestellt, mit welcher Positionierung Sie nächste Woche in die Verhandlungen gehen möchten. Das fehlt uns.

Sie sagen nun – wie auch Kollegin Sitzmann –, zur Evaluation der sicheren Herkunftsländer liege nichts vor. Ich kann es Ihnen liefern, erschienen am 18. September beim Institut für Wirtschaftsforschung in Kiel.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das Institut für Wirtschaftsforschung in Kiel hat sich einmal angeschaut, wie sich die Flut der Asylbewerber entwickelt hat. Dabei geht es einerseits um die Länder auf dem Westbalkan, die nicht als sichere Herkunftsländer eingestuft sind, nämlich Albanien, das Kosovo und Montenegro; hierzu haben wir am heutigen Tag ebenfalls eine klare Positionierung von Ihnen

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

vermisst. Auf der anderen Seite wurden die drei Staaten untersucht, die im vergangenen Jahr als sichere Herkunftsländer eingestuft worden sind, nämlich Serbien, Bosnien-Herzegovina und Mazedonien.

Das Ergebnis ist: Die Zahl der Asylbewerber aus den als nicht sicher eingestuften Ländern ist im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 um 724 % gestiegen; sie hat sich also um mehr als das Siebenfache erhöht. Die Zahl der Asylbewerber aus den anderen drei Ländern, den als sicher eingestuften Herkunftsländern, ist hingegen nur um 32 % gestiegen. Wenn das kein Unterschied ist – 724 % gegenüber 32 % –, dann würde ich gern wissen, was Sie als Beweis noch anerkennen. Ich sage es Ihnen, meine Damen und Herren: Es ist reine Ideologie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Denn das Lager der Fundamentalisten bei den Grünen will das nicht. Und Sie kommen dann mit den seltsamsten Argumenten. In einem Ihrer Beiträge, Frau Sitzmann, habe ich gelesen, dies würde in Bezug auf die Verfahrensdauer nur zehn Minuten bringen. Ja, selbst wenn es nur zehn Minuten bringt: Warum machen Sie es denn nicht? Wir müssen doch vielfältige Maßnahmen treffen, die letztlich insgesamt etwas bewirken.

Ich traue Ihnen, Herr Ministerpräsident, sowie dem Staatsministerium zu, dass Sie sich die von Ihnen verlangten Zahlen beim Kieler Institut für Wirtschaftsforschung besorgen. Wenn Sie es nicht schaffen, wenden Sie sich vertrauensvoll an mich, dann bekommen Sie diese Zahlen von mir.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie der Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsländer zustimmen und dass Sie auch weitere Fehlanreize beseitigen. Das ist Ihre Aufgabe als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Es ist richtig, sich dazu zu bekennen und zu unterscheiden zwischen den tatsächlich politisch Verfolgten auf der einen Seite und den Wirtschaftsflüchtlings auf der anderen Seite. Das haben Sie deutlich getan. Aber diesem Bekenntnis müssen jetzt auch konkrete Handlungen und konkrete Maßnahmen folgen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Fraktionsvorsitzende Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Reden von Herrn Wolf und Herrn Rülke könnte man fast meinen, Ministerpräsident Kretschmann hätte hier gar nicht gesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gesprochen schon! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Er hat geredet, aber nicht viel gesagt!)

Sie haben offensichtlich das gesagt, was Sie sowieso vortragen wollten. Sie haben überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, wie der Ministerpräsident sich in den einzelnen Punkten positioniert hat.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Hat er das?)

Herr Kretschmann war sehr deutlich.

(Beifall bei den Grünen)

Sehr gewundert hat mich auch, Herr Kollege Wolf, dass an der Stelle, als Ministerpräsident Kretschmann Ihre CDU-Bundeskanzlerin Merkel lobte, bei allenfalls drei bis fünf Leuten von Ihrer Fraktion Applaus kam.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das reicht!)

Augenscheinlich ist es nicht klar, ob die CDU-Landtagsfraktion den Kurs der CDU-Bundeskanzlerin unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist nicht klar. Wir erwarten von Ihnen – von Ihnen, Herr Wolf, und von der gesamten Fraktion –, dass Sie eine Antwort auf die Frage geben:

(Abg. Winfried Mack CDU: Ihre Sorgen möchte ich haben!)

Verfolgen Sie den Kurs der Merkel-CDU, oder sind Sie Sympathisanten eines Horst Seehofer, der den ungarischen Präsidenten Orban zur Fraktionsklausur einlädt? Da brauchen wir deutliche Worte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der spricht zu den Menschen, im Vergleich zu Ihnen! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Bei Ihnen gibt es immer nur ein Entweder-oder! – Gegenruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das sagt der Richtige!)

Ich betone, Herr Wolf: Sie sind in vielen Punkten nicht klar gewesen. Sie haben nicht klar gesagt, dass Sie Kontingente für Menschen, die um politisches Asyl nachsuchen oder die aus Bürgerkriegsländern kommen, ablehnen. Das erwarten wir aber von Ihnen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Haben Sie nicht zugehört? – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Lehnt Herr Palmer das auch ab?)

Wir erwarten, dass Sie klar Stellung nehmen, dass Sie Farbe bekennen und dass Sie sich hinter die CDU-Bundeskanzlerin Merkel stellen. Wir erwarten, dass Sie all denjenigen, die das infrage stellen,

(Abg. Guido Wolf CDU: Palmer z. B.!)

klar sagen, dass dies mit der CDU-Landtagsfraktion und mit der CDU in Baden-Württemberg nicht funktioniert.

Sie haben, Herr Wolf, in Ihrer ersten Runde gesagt, Sie bleiben Ihrer Linie treu und schrieben Ihre Reden nicht um.

(Abg. Guido Wolf CDU: Ja!)

Wenn es jetzt um die Frage geht, welches die Gemeinsamkeiten im Landtag sein können, dann sollten Sie sich überlegen, ob Sie die eine oder andere Rede, die Sie gehalten haben, auch weiterhin halten wollen.

(Zuruf von der CDU: Welche?)

– Ich meine die Rede, die Sie am Freitag letzter Woche beim CDU-Parteikonvent in Heilbronn gehalten haben. Dort haben

(Edith Sitzmann)

Sie über Anreize des „Schlaraffenlands Deutschland“ gesprochen und haben Ängste, die es in der Bevölkerung gibt, nicht ausgeräumt, sondern geschürt. Ängste ernst zu nehmen ist vollkommen richtig; was aber nicht geht, ist, Ängste zu schüren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Ich habe es bereits gesagt: Das ist hochgefährlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hätten Sie wohl gern!)

Die Zustimmungskultur, die wir derzeit in Baden-Württemberg haben, ist ein wertvolles Gut.

(Abg. Winfried Mack CDU: „Zustimmungskultur“?)

– Die Willkommenskultur; das hören Sie nicht so gern, Herr Kollege Mack; das weiß ich schon. Für uns ist diese Willkommenskultur ein hohes Gut, und für Sie sollte sie es auch sein.

Es sind nun einige Punkte angesprochen worden, zu denen ich doch noch einmal etwas sagen muss.

Thema Gesundheitskarte: Letztes Jahr im Herbst beim sogenannten Asylkompromiss ist verhandelt worden, dass die Bundesregierung ein Gesetz auf den Weg bringt, das es Flächenländern ermöglicht, flächendeckend eine Gesundheitskarte einzuführen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat diesem Ergebnis ausdrücklich zugestimmt. Was nicht geht, ist, Ergebnisse von Verhandlungen, die abgeschlossen sind, ein Jahr später wieder infrage zu stellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das entscheiden die Länder!)

So kann man nicht verlässlich miteinander verhandeln, und so kann man auch nicht zu tragfähigen Lösungen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deshalb bestehen wir auf der Einführung der Gesundheitskarte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das entscheiden Sie bzw. das Land!)

– Wir erwarten, Herr Kollege Röhm, dass der Bundesgesundheitsminister einen Entwurf vorlegt, wonach die Länder entscheiden können, ob sie die Gesundheitskarte flächendeckend einführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben die AOK Baden-Württemberg an unserer Seite, und wir haben auch die Landräte an unserer Seite. Vielleicht haben Sie heute in der „Südwest Presse“ das Interview mit dem Präsidenten des Landkreistags, Herrn Walter, gelesen. Auf die Frage nach der Haltung zur Gesundheitskarte antwortete er: Gesundheitskarte ja, unter zwei Bedingungen: Die Leistungen müssen gegenüber dem Status quo gleich bleiben – das ist genau das, was wir fordern, nämlich eine Grundversorgung, wie sie heute auch schon besteht

–, und die Kosten müssen von den Krankenkassen dann direkt mit dem Land abgerechnet werden. Genau dieses Ziel verfolgen wir, und es ist für alle Beteiligten ein guter Schritt, wenn diese Gesundheitskarte endlich kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja!)

Die Flüchtlinge haben dann direkt Zugang zu den Ärzten, die Ärzte haben nicht mehr das Problem, dass sie in ihrer Praxis Flüchtlinge haben, die keinen Behandlungsschein vom Amt haben, und die Ämter werden dadurch entlastet, dass sie nicht mehr über einen Behandlungsschein entscheiden müssen, sondern dass über die Gesundheitskarte der direkte Weg zur medizinischen Versorgung gewährleistet ist. Das ist eine gute Neuerung, und wir sollten schnellstens dafür sorgen, dass wir dies für ganz Baden-Württemberg flächendeckend umsetzen können, meine Damen und Herren.

(Abg. Winfried Mack CDU: „Bravo“!)

Jetzt wurde immer wieder über Verfahren gesprochen; es wurde gesagt, auch Baden-Württemberg hätte mit Verfahren zu tun. Über die Asylanträge entscheidet aber das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht über Verwaltungsgerichtsverfahren!)

Da hat das Land keinen Einfluss. Einfluss hat es insofern, als es immer wieder darauf hinweisen kann, dass diese Verfahren endlich verkürzt werden müssen, damit der Antragsstau – derzeit sind es 270 000 Anträge – zügig abgebaut wird, und dass zeitnah Entscheidungen darüber getroffen werden müssen, ob diejenigen Personen, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, bleiben können oder ob sie zurückgehen müssen. Das ist Aufgabe des Bundes, und daran können wir nichts ändern. Der Bund muss hier endlich in die Puschen kommen.

Wir haben landesseitig die Verfahren der Registrierung. Da haben wir Personal zur Verfügung gestellt – logisch; das müssen wir auch –, damit das in den Landeserstaufnahmestellen möglich ist. Als Weiteres haben wir gerichtliche Verfahren, wenn die Entscheidungen des BAMF angefochten werden. Auch da haben wir ja schon gehandelt. Wir haben im Haushalt Verwaltungsrichterstellen eingestellt; sie wurden ausgeschrieben, und sie sind auch besetzt. Die Richter arbeiten bereits. Auch das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen. Sie sollten nicht immer wieder Geschichten erzählen, als wäre nichts passiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt wurde das Thema Sachleistungen/Geldleistungen angesprochen. Ich kann es nur noch einmal deutlich sagen: In den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es keine Geldleistungen, sondern Sachleistungen. Die Menschen erhalten Sachleistungen. Was sie darüber hinaus bekommen, ist ein Taschengeld, und dieses Taschengeld ist vom Bundesverfassungsgericht festgeschrieben. Es ist das Existenzminimum für persönliche Bedarfe.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Da kann man auch Gutscheine ausgeben!)

(Edith Sitzmann)

Dazu gehört im Idealfall auch – das ist in dieser Situation zugegebenermaßen schwierig – soziale und kulturelle Teilhabe.

Jetzt hat der Ministerpräsident bereits gesagt, dass es, wenn Mitwirkungspflichten verletzt werden, Einschränkungen geben kann. Aber, wie gesagt, wir haben bereits ein Sachleistungsprinzip in der Erstaufnahme. Deshalb läuft diese Debatte völlig ins Leere. Es wird etwas vorgegaukelt, was so gar nicht der Fall ist.

Es ist doch selbstverständlich, dass alle, die hier bei uns leben, sich an die Verfassung, das Grundgesetz, an Recht und Gesetz halten müssen. Das haben Sie jetzt so hervorgehoben, als wäre das eine Besonderheit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat das denn am meisten hervorgehoben? – Abg. Ulrich Lusche CDU: Der Ministerpräsident hat es zuerst getan!)

Das hat nie irgendjemand infrage gestellt, und ich hoffe, dass das in diesem Haus nie irgendjemand tut. Es ist völlig klar, dass für alle, die in Deutschland leben, das Grundgesetz und die übrigen gesetzlichen Grundlagen dieser Republik gelten

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der Herr Ministerpräsident hat dazu sogar die Rechtsphilosophie erklärt!)

und dass man das von allen einfordern muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal deutlich machen: Wir haben großes Vertrauen in unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und sind sicher, dass er morgen bei den Verhandlungen mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder und mit der Bundeskanzlerin konsensorientiert, offen und in vollem Verantwortungsbewusstsein für Baden-Württemberg verhandeln wird. Wir haben das Vertrauen. Er hat in der Vergangenheit immer im Interesse dieses Landes gehandelt. Er hat das unter Beweis gestellt, und er wird das auch dieses Mal tun. Auch Sie sollten Vertrauen in Ministerpräsident Kretschmann und in Bundeskanzlerin Merkel haben. Wir erhoffen uns, dass es morgen klare Ergebnisse gibt, die allen helfen, besser mit der schwierigen Situation klarzukommen und Erleichterungen bei Problemen in der Praxis hinzubekommen. Ferner geht es darum, einen Weg aufzuzeigen, dass denjenigen, die bei uns bleiben werden, die Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt offensteht. Ich hoffe sehr, dass Sie das teilen und uns dabei unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe von den Grünen: Sehr gut!)

Präsident Wilfried Klenk: Ich erteile das Wort dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Schmiedel für die SPD-Fraktion.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wolf, ich möchte einen Vorwurf aufgreifen, den Sie jetzt noch einmal wiederholt haben, nämlich den Vorwurf, es stimme etwas mit der Kommunikation der Landesregierung gegenüber den Kommunen nicht. Wenn in einem Monat 2 000 Flüchtlinge hier ankommen, kann man natürlich eine andere Kommunikation betreiben – das hat

man auch gemacht –, indem man sich abspricht und sagt: Okay, wir reden auch darüber, wie viele in eine Kommune kommen. Wenn aber 1 000 Flüchtlinge pro Tag ankommen und man morgens nicht weiß, wie viele in dem Zug sind, der nachts aus München kommt, dann funktioniert die Kommunikation so nicht mehr. Das ist der Krisenmodus. Deshalb muss man einfach auch die Realitäten sehen und sich darauf einstellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Natürlich wird so viel Kommunikation wie möglich angestrebt, aber man kann nicht sagen: Diese Leute sollen auf dem Trottoir sitzen, bis man am nächsten Morgen mit dem in der Verwaltung Zuständigen gesprochen hat.

Das Paket der Koalition in Berlin, das Sie angesprochen haben, tragen wir natürlich mit, aber es stellt uns nicht zufrieden. Denn darin fehlt noch einiges. Das betrifft genau den starken Zugang, den wir zu bewältigen haben. Wir, aber auch andere Länder haben schon längst gefordert – und der Bund hat es viel zu lange verwehrt –, dass der Bund eigene Verantwortung für die Erstaufnahme übernimmt. Jetzt sind 40 000 Plätze zugestanden. Aber was sind 40 000, wenn in diesem Jahr allein über 100 000 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg kommen? Das ist zu wenig. Also muss in diesen Verhandlungen natürlich auch herauskommen, dass der Bund eine stärkere Eigenverantwortung für die Erstunterbringung übernimmt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Zweitens: Es geht schlicht auch um Geld, Herr Kollege Rülke. Wenn wir jetzt in dieser guten Konjunkturlage trotz der zunehmenden Flüchtlingskosten einen ausgeglichenen Haushalt haben, ist das trotzdem nicht befriedigend; denn bei einer solchen Haushaltslage müssten wir ja eigentlich Gelder zurückstellen oder Schulden tilgen. Dazu sind wir aber nicht in der Lage. Stellen wir uns einmal vor, die Flüchtlingsströme bestehen weiter und die Konjunktur geht ein bisschen zurück. Deshalb verlangen wir vom Bund natürlich nicht, wie in diesem Koalitionsbeschluss zugesagt, nur eine Festzuschüttung von 3 Milliarden € für das nächste Jahr, sondern eine feste Beteiligung pro Flüchtling, wie wir es mit unseren Kommunen machen, damit wir dauerhaft in der Lage sind, diese Kosten zu tragen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Nikolaus Tschenk
GRÜNE)

Dann gibt es den Nebenkriegsschauplatz „Sichere Herkunftsländer“. Herr Kollege Rülke und Herr Kollege Wolf, Sie haben jetzt mehrfach auf diese Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstituts hingewiesen. Ich will einmal etwas zur Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo in Baden-Württemberg berichten. Im Februar kamen weit über 1 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo in Baden-Württemberg an, im Juli weniger als 100. Da lag keine Einstufung als sicheres Herkunftsland dazwischen, sondern da lag eine Vereinbarung mit dem BAMF dazwischen, dass man diese Verfahren beschleunigt behandelt und dass sie systematisch umgesetzt werden. Das hat sich schnell herumgesprochen, und deshalb hat der Zustrom aus dem Kosovo nachgelassen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Claus Schmiedel)

Das unterstreicht das, was der Ministerpräsident gesagt hat: Der größte Fehler und der größte Fehlanreiz ist die Erwartung, über Wochen, über Monate oder vielleicht sogar ein Jahr oder anderthalb Jahre hier bleiben zu können, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Deshalb liegt in der Verfahrensbeschleunigung der Schlüssel zu allem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kommen Sie heute Mittag in den Petitionsausschuss!)

Jetzt haben wir diese Debatte ja auch angelegt, um zu prüfen, ob es die Chance gibt, bei diesem Thema ein Mehr an Gemeinsamkeit zu entwickeln. Ich bin sehr froh, dass es – wenn auch in letzter Sekunde, aber immerhin – gelungen ist, die gemeinsame Resolution, die jetzt vorliegt, einzubringen, die dann wohl auch einmütig beschlossen wird. Ich fände es gut, wenn man bei dem Thema „Differenzierter Umgang mit den Flüchtlingen“, das Sie, Herr Kollege Wolf, ganz in den Mittelpunkt gerückt haben und auf das Sie ganz großen Wert legen, mit der Streiterei aufhört.

Es ist erklärte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, zu differenzieren, es ist erklärte Politik der Landesregierung, zu differenzieren, es ist der erklärte Wille, nur diejenigen in die Fläche zu schicken, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, und diejenigen in der zentralen Unterbringung zu belassen, die keine dauerhafte Bleibeperspektive haben, und die Rückführung von dort aus stattfinden zu lassen. Wenn man darüber einmal Übereinstimmung feststellen könnte, wäre doch sehr viel gewonnen und wäre weniger Verwirrung in der Öffentlichkeit vorhanden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das dauert doch Jahre!)

Das Zweite betrifft das Sachleistungsprinzip. Das Sachleistungsprinzip gilt in der Erstaufnahme. Das Taschengeld ist höchstrichterlich verbürgt. Es gibt die Möglichkeit, es zu kürzen, wenn jemand bei der Feststellung seiner Identität nicht mitmacht – das passiert – und wenn jemand seiner Ausreiseverpflichtung nicht nachkommt – das passiert auch. Deshalb sollte man, finde ich, auch an dieser Stelle nicht noch einmal einen Nebenkriegsschauplatz aufmachen, sondern einfach feststellen, dass wir in dieser Handhabung übereinstimmen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Ich komme nun zu einem Thema, zu dem Sie nichts gesagt haben – Herr Kollege Rülke hat etwas dazu gesagt –, und zwar zur Eindämmung der Fluchtgründe für potenzielle Asylbewerber aus dem Westbalkan, indem für die Menschen aus dem Westbalkan ein legaler Weg in den Arbeitsmarkt dort, wo wir die Menschen brauchen, zugelassen wird. Wir sind völlig dafür.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir sind auch für ein Einwanderungsgesetz. Uns würde interessieren, was die CDU-Landtagsfraktion davon hält.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Herr Kollege Rülke, wir machen jedoch ganz sicher nicht dabei mit,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mindestlohn!)

dass wir einen Niedriglohnsektor für Flüchtlinge schaffen. Wir sind doch froh, dass beispielsweise im Fleischerhandwerk, ganz besonders bei den Schlachtern, die Arbeitnehmer aus europäischen Ländern nicht mehr für 3,50 € ausgebeutet werden, sondern dass Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt Einzug hält und auch die dort Beschäftigten einen Lohn bekommen, von dem sie leben können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sollen wir diese Schlachter, die zuvor ausgebeutet wurden, jetzt durch Flüchtlinge ersetzen? Wir wollen, dass die Flüchtlinge von ihrer eigenen Arbeitskraft leben können, ihren Lebensunterhalt selbst gestalten und dass sie nicht zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dies würde übrigens auch zu einem Lohndumpingwettbewerb führen, wenn diejenigen, die anständige Tariflöhne bezahlen, mit Firmen, die mit Niedriglöhnen im Flüchtlingsbereich arbeiten, konkurrieren müssten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Ich möchte nochmals ausdrücklich feststellen, dass Sie – jedenfalls habe ich Ihre Rede, Herr Kollege Wolf, so verstanden – zustimmen, dass es keine Obergrenze für das Recht auf Asyl für Asylberechtigte, die politisch verfolgt sind, oder für Bürgerkriegsflüchtlinge geben soll.

(Abg. Guido Wolf CDU nickt. – Abg. Peter Hauk CDU: Das war noch nie in der Rede!)

– Sie nicken. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Abg. Guido Wolf CDU: Das war nie in Zweifel!)

Es wäre aber gut, wenn diese Position von Ihnen auch in den Gremien, in der Landtagsfraktion, aber auch auf Parteiveranstaltungen deutlich vertreten würde

(Abg. Guido Wolf CDU: Ich lade Sie das nächste Mal zur CDU-Landtagsfraktion ein! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

und Sie deutlich widersprechen oder zumindest sagten, dass es mit Ihnen keinen Deckel und kein Kontingent für dieses Grundrecht auf Asyl gibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wenn wir nachher den Antrag, den Sie gestellt haben, zur Abschaffung von Fehlanreizen – eigentlich ist das Thema erledigt, es steht in der Resolution drin, man könnte es streichen – und zu den sicheren Herkunftsstaaten ablehnen, so machen wir das deshalb, weil es – worauf ich bereits hingewiesen habe – in diesem Paket nicht nur das Thema „Sichere Herkunftsländer“ gibt. Es gibt auch das Thema „Verantwortung für die Erstaufnahme“, das Thema „Bereitstellung von Unterkünften, auch durch den Bund“ – das mag zwar besser geworden sein,

(Claus Schmiedel)

es ist aber noch nicht richtig rund –, und es geht um das Thema Geld.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sollen wir das aufnehmen? Stimmen Sie dann zu?)

Es ist nun wichtig, dass jetzt ein Paket beschlossen wird, das insgesamt stimmig ist. Deshalb werden wir nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten darüber reden. Ich gehe davon aus, dass wir dann ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Bewertung des Ergebnisses haben. Heute ist aber nicht der Tag, um darüber abzustimmen,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Doch!)

sondern dann, wenn die Würfel gefallen sind.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 a der Tagesordnung erledigt.

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf geeinigt, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt – Punkt 1 d – zu erweitern. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wir stimmen nun ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/7421. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 b beendet.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 1 c der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/7424.

Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir beantragen eine namentliche Abstimmung.

Präsident Wilfried Klenk: Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Die erforderliche Unterstützung ist gegeben.

Ich bitte Herrn Schriftführer Burger, den Namensaufruf vorzunehmen. Wir beginnen mit dem Buchstaben W.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Wenn nicht, wäre die Abstimmung hiermit abgeschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich denke, Sie haben nichts dagegen, wenn wir, solange das Auszählverfahren läuft, mit der Tagesordnung fortfahren.

Ich darf dann den neu hinzugekommenen **Tagesordnungspunkt 1 d** aufrufen:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Flüchtlingspolitik – besonnenes Handeln – Drucksache 15/7425

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit wäre auch Tagesordnungspunkt 1 d beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der bisherige Tagesordnungspunkt 2 abgesetzt wird und wir mit Tagesordnungspunkt 3 fortfahren.

Bevor ich allerdings mit der Tagesordnung fortfahre, darf ich Sie darauf aufmerksam machen – Sie haben es sicherlich alle schon bemerkt –, dass heute der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg im Vorraum des Plenarsaals zu einer Tasse fair gehandelten Kaffees einlädt.

Die Faire Woche findet jedes Jahr in der zweiten Septemberhälfte statt. Zahlreiche Einrichtungen wie Kommunen oder Schulen beteiligen sich mit bundesweit über 2 000 Aktionen. Gern bieten auch wir den Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren die Gelegenheit, sich mit uns am Rande der heute wahrscheinlich etwas länger dauernden Plenarsitzung über das diesjährige Motto „Fairer Handel schafft Transparenz“ auszutauschen. – Vielen Dank.

Dann darf ich jetzt **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/7178

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze – Drucksache 15/7378

c) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/7412

Für die Aussprache zu den drei Gesetzentwürfen inklusive der Begründung haben die Fraktionen eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich darf das Wort für die CDU-Fraktion dem Kollegen Schebesta erteilen.

Abg. Volker Schebesta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass die Debatte über die Verfassungsänderung jetzt noch unter der Spannung der Feststellung des Abstimmungsergebnisses steht. Denn eine solche Verfassungsänderung sollte natürlich nach dreieinhalb Stunden Debatte über die Asylpolitik nicht zu sehr untergehen.

Wir haben eine gute Verfassung in Baden-Württemberg und kümmern uns heute um eine Weiterentwicklung.

Die Verfassung eines Landes gibt noch keine Auskunft über dessen Verfassung.

(Volker Schebesta)

So sagt der Schweizer Autor Peter F. Keller. In der Tat: Verfassungswirklichkeit kann auch anders sein, als es die Verfassungsväter mit den Regularien in der Verfassung auf den Weg bringen wollten, und der Zusammenhalt in einer Gesellschaft hängt auch von anderem ab.

Deutschland und Baden-Württemberg haben von den Nachkriegsjahren bis heute eine positive Entwicklung genommen. Dazu haben das Grundgesetz und über 60 Jahre auch unsere Landesverfassung beigetragen.

Wir bringen heute umfangreiche Änderungen an dieser Landesverfassung auf den Weg, damit unsere Landesverfassung noch treffender Auskunft über die Verfassung von Baden-Württemberg gibt. Die Änderungen betreffen mit dem ersten Punkt – dem ersten gemeinsamen Gesetzentwurf – das Thema Bürgerbeteiligung, mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung insbesondere die Namensänderung des Staatsgerichtshofs und mit einem weiteren gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung die Aufnahme von neuen Staatszielen.

Zum ersten Punkt, Änderungen bei der Bürgerbeteiligung: Die repräsentative Demokratie bildet die Grundlage unserer staatlichen Ordnung in Baden-Württemberg, in Deutschland. Die Menschen sind heute sehr gut informiert, und sie wissen darum, wie sie sich auch nachdrücklich für ihre Interessen einsetzen können. Direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Einzelfragen kann deshalb sowohl die Entscheidungsfindung erleichtern als auch die Akzeptanz erhöhen – für konkrete Themen, für konkrete Fragen, aber auch für die Politik insgesamt.

Das haben auch die Konflikte um große Infrastrukturprojekte gezeigt. Wir in Baden-Württemberg haben unsere Erfahrungen damit bei Stuttgart 21 gemacht. Deshalb ist es gut, dass wir im überparteilichen Konsens die Änderung der Landesverfassung in diesem Punkt erreichen. Wir schaffen die Voraussetzungen für eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf Landesebene.

Indem wir einen Volksantrag einführen, können künftig 0,5 % der Wahlberechtigten – das wären auf der Grundlage der Zahlen von November 2011 38 122 Bürgerinnen und Bürger – den Landtag verpflichten, sich mit einem Thema zu befassen. Volksbegehren haben wir dagegen schon in der Verfassung. Damit können dem Landtag Gesetzesvorlagen unterbreitet werden. Wenn das Parlament dem nicht unverändert zustimmt, schließt sich die Volksabstimmung an.

Die Quoren für diese Instrumentarien in der Landesverfassung werden beide abgesenkt: für das Volksbegehren von 16,7 auf 10 % und für die Volksabstimmungen über einfache Gesetze von 33,3 auf 20 %. Damit sind wir, die CDU-Landtagsfraktion, noch einmal einen Schritt weiter gegangen, als wir es schon in der letzten Legislaturperiode in der Regierungskoalition in den Landtag eingebracht hatten. Damals hatten wir eine Initiative für die Absenkung auf 25 % ergriffen.

Diese Änderungen sind in neun Sitzungen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Konsens gewesen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die daran beteiligt waren und darin mitgearbeitet haben. Allerdings will ich schon an dieser Stelle unser Bedauern zum Ausdruck bringen, dass der Konsens der Arbeit in dieser Gruppe nicht auch für die Veränderungen im

Kommunalverfassungsrecht getragen hat. Im Konsens waren Anpassungen besprochen, die das gleiche Niveau der Quoren auf Landesebene und kommunaler Ebene beinhalteten. Sie von Grün-Rot haben im Gesetzentwurf zu diesem Thema, über den wir in der nächsten Woche in erster Lesung beraten, Änderungen vorgelegt, die deutlich über den Konsens hinausgehen, die im Kreis der Kommunen heftig kritisiert werden und die wir deshalb auch nicht mittragen können.

Der zweite wichtige Punkt sind Änderungen an den Staatszielen. In der Verfassung werden subjektive Rechte begründet, auf die man sich berufen kann. Daneben gibt es die Staatszielbestimmungen, die Aufgaben beschreiben, aus denen heraus aber keine konkreten Ansprüche eingeklagt werden können.

Es ist auf dem Weg der Gespräche zwischen den Fraktionen gelungen, gemeinsam kurze Formulierungen für Anliegen zu finden, die sich in eine Verfassung gut einfügen. Wir nehmen die Achtung der Würde von Kindern und Jugendlichen auf und erweitern in Artikel 13 den Schutz für Kinder und Jugendliche. Das in der Landesverfassung und im Grundgesetz verbrieft elterliche Erziehungsrecht bleibt dabei unberührt.

Bereits 2013 hat die CDU-Landtagsfraktion in einem umfangreichen Konzept die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land Baden-Württemberg sowie des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl gefordert. Unser Land Baden-Württemberg lebt in besonderem Maß von beidem. Zum einen lebt es von der Ausgewogenheit zwischen Stadt und Land. Zentren und ländliche Räume haben sich bei uns gleichmäßiger entwickelt als in anderen Bundesländern, in anderen Staaten. Es ist immer wieder eine Herausforderung, dafür zu sorgen, dass dies weiterhin so bleibt. Deshalb halten wir das Signal mit dem Staatsziel zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land für wichtig.

Zum anderen lebt es vom Ehrenamt: In Baden-Württemberg engagiert sich fast jeder Zweite freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen, Initiativen oder Projekte. Dabei liegen aber auch immer wieder neue Steine im Weg. Deshalb ist für das Ehrenamt Anerkennung wichtig. Diese Anerkennung unterstreichen wir noch deutlicher als bisher mit der Aufnahme der Förderung des Ehrenamts als Staatsziel in der Verfassung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Thomas Reusch-Frey SPD)

Der dritte Punkt ist die Änderung des Namens des Staatsgerichtshofs. Wir haben mit der Einführung der Landesverfassungsbeschwerde den Charakter des Staatsgerichtshofs verändert. Dem soll jetzt mit einem neuen Namen Rechnung getragen werden, indem wir den Namen in „Verfassungsgerichtshof“ ändern. Wir werden außerdem mit dem Gesetzentwurf weitere formale Änderungen für den Staatsgerichtshof umsetzen.

Ich meine, wir werden damit unserer Verantwortung gemeinsam gerecht, die Verfassung immer wieder weiterzuentwickeln und auf neue Aufgaben, neue Herausforderungen, neue gesellschaftliche Entwicklungen einzugehen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich auf **Punkt 1 c** der Tagesordnung zurückkommen:

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen – Drucksache 15/7424

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorlesen:

An der Abstimmung haben sich 131 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 65 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich ein Abgeordneter.*

Damit ist der Antrag bei Stimmgleichheit abgelehnt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

*

Mit **J a** haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Elke Brunnemer, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Friedlinda Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Bettina Meier-Augenstein, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Matthias Pröfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Jutta Schiller, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Niko Reith, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

GRÜNE: Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poroski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Sascha Binder, Hans Heribert Blättgen, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Hidir Gürakar, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Sabine Wölfle.

Der Stimme **e n t h a l t e n** hat sich:

SPD: Gernot Gruber.

*

Jetzt setzen wir **Tagesordnungspunkt 3** fort:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/7178

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze – Drucksache 15/7378

c) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/7412

Ich gebe Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will von meiner Redezeit von zehn Minuten nicht vollständig Gebrauch machen und mich im Interesse einer zeitlich etwas unter Druck geratenen Sitzungsökonomie deutlich kürzer fassen. Ich glaube, der großen Aussprache zum Thema Flüchtlingspolitik war die notwendige Zeit zu geben. Vielleicht können wir in der zweiten Lesung dieser Verfassungsänderung einiges von grundsätzlicher Natur nachholen. Ich will mich daher auf das Wesentliche beschränken.

Am Anfang steht auch mein Dank für eine sehr gute interfraktionelle Verständigung. Es war ein konstruktiver Prozess zwischen den Fraktionen. Er hat etwas lang gedauert; das räumen wir uns gegenseitig sicher ein. Es hätte natürlich etwas schneller gehen können, aber Verfassungsänderungen lassen sich auch nicht gerade vom Baum schütteln; sie müssen sorgfältig diskutiert und gewogen werden.

Wir haben im ersten Paket die Reform von Volksbegehren und Volksentscheiden und haben in einer zweiten Runde eine Verständigung über neue Staatsziele erreicht. Ich glaube, dass sich das Paket im Gesamtergebnis sehr wohl sehen lassen kann. Jede Fraktion kann sagen: „Ich habe meinen Anteil dazu beigetragen.“ Gemeinsam modernisieren wir unsere Landesverfassung und schnüren wir für die Bürgerinnen und Bürger ein attraktives Angebot. Das kann man wirklich so sagen. Man muss nicht davor zurückschrecken, diesen Satz zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der für uns wichtige Punkt für diesen gemeinsamen Reformprozess war die dringliche Reform von Bürgerbeteiligung auf Landesebene. Es ist nun einmal objektiv so, dass Baden-Württemberg, nachdem es einst für viele Jahre, von 1956 bis in die Neunzigerjahre, die Vorreiterfunktion eingenommen hatte – Baden-Württemberg war das einzige Land, in dem es die Möglichkeit der Durchführung eines Bürgerbegehrens auf kommunaler Ebene gab; das war tatsächlich so; das gab es damals nur in Baden-Württemberg –, als das Thema in der Gesellschaft aufkam, sehr schnell ins Hintertreffen geraten ist.

Zu meinem Bedauern – das darf ich sagen – hat uns die sicherlich nicht unwichtige bundesweite Bürgervereinigung

(Hans-Ulrich Sckerl)

„Mehr Demokratie“ in ihrem jährlichen Ranking des Jahres 2014 den letzten Platz im Bundesländervergleich bei der Beurteilung der Beteiligungsmöglichkeiten auf Landes- und auch auf Kommunalebene attestiert. Wir alle sind natürlich schon so ehrgeizig, dass wir nicht nur bei der Wirtschaftsleistung, bei der Bildung, bei den Lebensverhältnissen, sondern auch bei den direktdemokratischen Beteiligungsstrukturen Spitze sein wollen. Dass wir da Bedarf haben, haben wir alle zusammen in dieser Arbeitsgruppe relativ rasch gemerkt.

Die Geschichte von Volksbegehren und Volksentscheiden in Baden-Württemberg zeigt dies auch. Wir hatten in der Vergangenheit so hohe Hürden, dass es kein einziges erfolgreiches Volksbegehren gegeben hat, das anschließend zu einem wirksamen Volksentscheid geführt hätte.

Auch die Debatte und die Durchführung des Volksentscheids zu Stuttgart 21 haben das ganze Land – jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt – in Atem gehalten und mobilisiert. Dabei haben wir wiederum gemerkt, dass wir sehr hohe Hürden haben, die überwunden werden müssen, um zu einer verfassungsrechtlich gültigen Abstimmung zu kommen. Es war also höchste Zeit für eine Änderung.

Die Geschichte der Volksbegehren in Baden-Württemberg steht auf einer halben Seite geschrieben. Es gab damals die große Auseinandersetzung und die Durchführung eines Volksbegehrens zum Thema „Auflösung des Landtags“, aber auch zum Thema Gebietsreform; das war in den früheren Jahren ein großes Thema. Dann gab es noch das Thema Stuttgart 21. Aber ansonsten ist Fehlanzeige.

Auch große Organisationen im Land wie z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund haben trotz starker Organisationskraft angesichts der hohen Hürden davon abgesehen, ein Begehren zu versuchen.

Wir sind schon der Meinung: Egal, ob es ein uns genehmes oder ein uns weniger genehmes Thema ist: Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich zu organisieren, wenn sie mit Landespolitik oder Landesgesetzgebung nicht einverstanden sind, und müssen die Möglichkeit haben, dazu auch auf demokratischem Weg eine Alternative zu formulieren und eine Mehrheit dafür zustande zu bringen.

Deshalb war das Fazit immer klar: Die Regelungen sind nicht sehr bürgerfreundlich, sie sind im Ergebnis geradezu prohibitiv. Das musste reformiert werden.

Wir haben jetzt, glaube ich, einen Weg der Mitte gefunden; es können alle mitgehen. Kollege Schebesta hat die wesentlichen Regelungen beschrieben. Es ist uns auch ein wichtiges Anliegen, Ängste zu zerstreuen. Es gibt immer die Angst, auf kommunaler Ebene würde der Gemeinderat „entmachtet“ und auf Landesebene würde dies der Landtag. Ich glaube, wenn man einen Blick auf Volksentscheide in den 16 Bundesländern unserer Republik wirft, muss man sagen: Selbst dort, wo die Hürden noch niedriger sind, z. B. in Bayern – Bayern ist mit Sicherheit das Bundesland mit den niedrigsten Hürden, den niedrigsten Quoren –, gibt es keine inflationäre Entwicklung von Volksbegehren oder Volksentscheiden. Bayern hatte sechs große Entscheide, die aufgrund eines Begehrens zustande gekommen sind. Volksabstimmungen gab es dort häufiger. Das zieht sich so durch die Republik. Das ist in der Regel eine einstellige Zahl, die da zustande gekommen ist.

Das lässt den Schluss zu: Der Weg „Volksbegehren und Volksentscheid“ ist kein Instrument zum Ersatz einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie, sondern ist offensichtlich ein geeignetes Instrument, Streitfragen in der Demokratie zu klären, bei denen es einen Widerspruch zwischen der Mehrheit eines Parlaments und zumindest großen Teilen der Bevölkerung gibt, die dann vielleicht nach einer Mehrheit bei einer Abstimmung streben kann. In solchen Konfliktsituationen, die in einer Demokratie unvermeidlich sind, ist es sehr gut, ein solches korrigierendes und im Ergebnis dann auch konfliktbefriedendes Instrument zu haben.

Deswegen glaube ich, dass wir uns jetzt auf einen guten Weg machen. Bürgerinnen und Bürger können davon auch in unserem Land Gebrauch machen. Aber wir werden erleben: Der Landtag wird sich nicht in jeder zweiten Sitzung mit einer Volksinitiative oder einem Volksbegehren beschäftigen.

Unterm Strich ist das also ein Ergebnis, das uns bei diesem Thema unter die sechs besten Bundesländer im Bundesvergleich bringt. Ich finde, das ist eine Zahl, die man auch einmal nennen kann. Wir haben uns angeschaut: Was machen die anderen? Wir kommen vom letzten Platz weg, wir geben die rote Laterne ab und gehen ins obere Drittel. Ich finde, darauf können wir gemeinsam auch stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Der Erweiterung der Staatsziele stimmen wir zu. Es ist uns gemeinsam gelungen – das ist schon gesagt worden –, schlanke Formulierungen zu finden. Ich finde es immer richtig, dass sich eine Verfassung auf wesentliche Staatsziele besinnt und konzentriert. Das ist mit diesen Formulierungen gut gelungen.

Das gilt auch für die Kinder- und Jugendrechte; es ist einfach an der Zeit, sie in der Landesverfassung stärker zu berücksichtigen und auch dem Schutzgedanken, den wir damit verfolgen, stärker Ausdruck zu geben. Das heißt natürlich auch, dass wir Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Das werden wir in der nächsten Woche diskutieren, wenn es um die Reform der Gemeindeordnung und dabei um die stärkere Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene geht.

Es ist wichtig, die Förderung des Ehrenamts zum Staatsziel zu erheben. Wir erleben – darüber haben wir heute Morgen diskutiert – gerade in diesen Tagen, wie wichtig und unverzichtbar ehrenamtliche Betätigung von Bürgerinnen und Bürgern insbesondere dann wird, wenn der Staat mit seinen hauptamtlichen Kräften und mit seinen Strukturen an Grenzen stößt und es unbedingt der Ergänzung durch die Bürgerschaft bedarf. Aber Baden-Württemberg braucht sich auch insgesamt in seiner Geschichte nicht zu verstecken. Baden-Württemberg ist in Deutschland das Land der Bürgerbeteiligung. Das hat uns immer ausgezeichnet.

Deswegen ist es ebenso richtig, die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse zum Staatsziel zu erheben. Wir sind uns über alle unterschiedlichen politischen Ansätze hinweg, was die Bedeutung des ländlichen Raums oder das Verhältnis von Metropolen und ländlichem Raum betrifft, doch im Grunde einig, dass es sich lohnt, gemeinsam in einer Demokratie und in einem Parlament für das Erreichen des Ziels gleichwertig

(Hans-Ulrich Sckerl)

ger Lebensverhältnisse überall, an jedem Fleck in Baden-Württemberg zu kämpfen.

Der dritte Teil der Verfassungsänderung, die Umbenennung des Staatsgerichtshofs, ist, glaube ich, eine logische Folge aus der Aufgabenerweiterung und der Einführung des Instruments der Landesverfassungsbeschwerde.

In der Summe ist das für uns, wie gesagt, ein stimmiges Paket.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden dieser Verfassungsänderung zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass heute Gesetze zur Änderung der Landesverfassung vorliegen, bedeutet, dass wir unsere Verfassung heute fortentwickeln. Wenn wir die Verfassung ändern, müssen wir aber immer auch darauf achten, dass wir die Verfassung nicht ausufern lassen, sondern dass wir die Verfassung als das weiterentwickeln, was sie für uns bedeutet: Sie ist nämlich ein Rechtsrahmen, auf dessen Grundlage wir hier Gesetze machen, Politik machen und auf den sich die Menschen in Baden-Württemberg berufen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb brauchen wir zur Änderung der Landesverfassung eine Zweidrittelanwesenheit und eine Zweidrittelmehrheit, und deshalb war es auch notwendig – ich möchte nicht nur sagen notwendig, sondern auch sinnvoll –, dass aufgrund dieses hohen Abstimmungsquorums alle vier Fraktionen zusammensaßen und gemeinsam die Aufgabe, diese Verfassung weiterzuentwickeln, angenommen haben und in großer Einheit am Ende einen Vorschlag unterbreiten, der diesem Land und dieser Verfassung gerecht wird.

Klar ist: Man diskutiert zu Beginn über Staatsziele. Ich glaube, es hat uns alle vier, die wir am Ende verhandelt haben, geleitet, dass aus dieser Verfassung nicht ein Roman wird, sondern dass diese Verfassung weiterhin das ist, was sie sein soll, nämlich ein rechtlicher Rahmen ohne große Prosa, sondern mit klaren Formulierungen, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg berufen können.

Wir haben mit dem Vorschlag, die Kinderrechte als Staatsziel aufzunehmen, ganz konkret den Willen verbunden, auch das Kindeswohl mit in die Frage einzubeziehen, wann Hilfsmaßnahmen bei jungen Menschen zum Tragen kommen. Wir kennen diese Debatten und teilweise auch manche schwierigen Fälle, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder an die Öffentlichkeit geraten sind.

Eines ist klar – da gebe ich dem Kollegen Schebesta ausdrücklich recht –: Damit sind andere verfassungsrechtliche Regelungen wie das Recht der Familie nicht infrage zu stellen. Es geht darum, in einer schwierigen Abwägung denjenigen ein zusätzliches Argument an die Hand zu geben, die am Ende über Hilfsmaßnahmen für junge Menschen entscheiden müssen, die sich nicht selbst helfen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben in Artikel 59 eine Änderung vor, die die eigentliche Neuigkeit ist: die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gesetzgebung des Landes Baden-Württemberg. In Artikel 50 Absatz 1 der Verfassung schreiben wir:

Gesetzesvorlagen werden von der Regierung, von Abgeordneten oder vom Volk durch Volksantrag oder Volksbegehren eingebracht.

Mit dem Volksantrag haben wir ein neues, niederschwelliges Mittel, mit dem es mit ca. 40 000 Bürgern – der Kollege Schebesta hat vorhin die genaue Zahl vorgetragen – möglich ist, Themen auf die Tagesordnung dieses Landtags zu setzen, mit denen wir als gewählte Mitglieder dieses Landtags uns befassen müssen und zu denen wir uns hier in diesem Hohen Haus eine Meinung bilden müssen. Es ist richtig, dies auch an eine erkleckliche Zahl von Unterschriften zu koppeln, um der Bedeutung dieses Themas auch die notwendige Unterstützung geben zu können, damit die Abgeordneten des Landtags wissen, dass es nicht nur um irgendetwas geht, sondern durchaus um ein Thema, das die Bürgerinnen und Bürger draußen tatsächlich interessiert.

Ich habe in einer der Besprechungen gesagt: Vielleicht ist es auch nicht schlecht, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger ein bisschen an der Auswahl der Themen für die Tagesordnung des Landtags beteiligen; denn nicht alle Debatten, die wir selbst beantragen, gehen auch wirklich die Bürgerinnen und Bürger draußen an. Deshalb bin ich gespannt, was uns die Bürgerinnen und Bürger auf die Tagesordnung setzen werden. Sie werden uns sicherlich nicht andauernd – da gebe ich dem Kollegen Sckerl recht – in die Tagesordnung hineinreden. Aber wenn das eine oder andere Thema aus der Mitte der Bürgerschaft kommt, dann ist das zu begrüßen und kann das diesen Landtag nur bereichern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Mit der Herabsetzung der Quoren kommen wir dem nach, was viele andere Bundesländer nicht nur gemacht haben, sondern womit sie auch gute Erfahrungen gemacht haben. Wir haben uns sehr gut in der Mitte getroffen und mit einem vernünftigen Quorum keinen Angriff auf die parlamentarische Demokratie gefahren, die ein Grundwert unserer Verfassung ist und die wir auch nach wie vor, wenn wir die Verfassung ernst nehmen, wahrnehmen, sondern verstehen die direkte Demokratie als Bereicherung und als Ergänzung der indirekten Demokratie. Deshalb sind die Regelungen, wie wir sie vorschlagen, auch so gewählt.

Für diese Verfassungsänderung – es wird, wenn überhaupt, immer nur eine Änderung in einer Legislaturperiode geben – gibt es weitere Vorschläge, die wir beraten haben, weitere Staatsziele, die wir in großer Einigkeit befürworten, einen Vorschlag, den Staatsgerichtshof umzubenennen, eine Formalie, die wir mit aufnehmen. Ich glaube, dass wir dann am Ende sagen können: Wir haben in dieser Legislaturperiode diese Verfassung für unser Bundesland Baden-Württemberg gut fortentwickelt, ohne die Verfassung infrage zu stellen, ohne die Verfassung mit großer Prosa zu verlängern; wir haben sie vielmehr um konkrete Regelungen ergänzt, auf die sich die Bürgerschaft in unserem Land berufen und verlassen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verhandeln heute ein Paket aus mehreren Teilen, alle zusammenhängend mit dem Thema Verfassungsänderung, wozu inhaltlich von den Vorrednern schon einiges gesagt wurde, was dazugehört, was vereinbart worden ist und was geregelt werden soll. Das werde ich natürlich einbeziehen und nicht alles wiederholen.

Auf der anderen Seite gibt es Punkte, die aus liberaler Sicht wichtig sind und die wir noch einmal betonen wollen. Erstens ist erwähnenswert, dass wir die unter den Tagesordnungspunkten 3 a und 3 c aufgeführten Gesetzentwürfe in einem sehr konstruktiven Prozess erarbeitet haben. Das muss man auch einmal sagen. Das war aus meiner Sicht ein gutes Stück parlamentarischer Arbeit, und dafür ist auch allen zu danken. Diejenigen, die das organisiert und sich daran beteiligt haben, haben das, glaube ich, gern getan. Es war eine gute Atmosphäre, und deswegen ist dabei auch etwas herausgekommen.

Wenn ich darüber rede, dass etwas herausgekommen ist, dann werde ich feststellen müssen, dass es Teile gibt, denen wir besonders gern zustimmen, und Teile gibt, denen wir nicht so gern zustimmen. Aber das ist natürlich das Wesen aller Kompromisse.

Besonders gern stimmen wir natürlich dem ersten Teil, der Änderung der Quoren, zu. Das hat einen simplen Grund. Es ist vorhin angesprochen worden, dass der Entwurf einen Mittelweg geht. Es ist kein Geheimnis, dass sich die liberale Programmatik seit Jahren genau auf diesem Mittelweg – bis auf die Zahl genau auf diesem Mittelweg – bewegt. Es wird im Grunde genommen – ob wir es aus Ihrer Sicht nun verdient haben oder nicht – genau das beschlossen, was wir immer wollten. Das kann man feststellen. Deswegen fällt die Zustimmung dazu ganz besonders leicht.

Beim zweiten Teil, der Umbenennung des Staatsgerichtshofs, verhalten wir uns ein bisschen zurückhaltend, und zwar konsequent aus folgendem Grund: Wir waren – das ist kein Geheimnis – nicht für die Einführung der Landesverfassungsbeschwerde. Wir halten sie in unserem heutigen System eines stark ausgebauten individuellen Rechtsschutzes nicht für erforderlich. Das hätte man eigentlich nicht gebraucht. Da die Namensänderung letzten Endes auch etwas mit dem neuen Aufgabenzuschnitt zu tun hat, hätten wir sagen können, wir seien jetzt auch gegen die Umbenennung. Doch wir wollen an dieser Stelle – ich sage offen: wegen eines solchen Streitwerts – die allgemeine Verfassungsänderungsharmonie nicht stören und werden auch diesem Teil zustimmen. Das kann man schon jetzt ankündigen.

Bei dem Thema Staatszielbestimmungen haben wir es uns in der Diskussion nicht leicht gemacht. Herr Kollege Binder hat es angedeutet, und gerade wir waren uns immer einig. Man muss dem Thema „Neue Staatszielbestimmung“ zunächst etwas skeptisch gegenüberstehen, und zwar aus dem einfachen Grund: Je mehr Staatszielbestimmungen man in eine Verfassung hineinschreibt, desto weniger ist jeder hervorgehobene Punkt wert.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hilbrand CDU)

Wenn ich alles gleich betone und hervorhebe, ist alles gleich viel wert. Deswegen muss man sich vorsichtig bewegen und muss vernünftige Kompromisse finden. Doch ich glaube, das ist gelungen. Denn wer wollte sich ernsthaft gegen die Betonung der Kinderrechte und des Kinderschutzes stellen?

Gerade beim Ehrenamt liegt es auf der Hand. Sie, Herr Sckerl, haben es hervorgehoben. Gerade dem Ehrenamt haben wir heute mit gutem Grund in der ersten Debatte sozusagen wieder auf die Schulter geklopft und im eigenen Interesse hervorgehoben, wie sehr wir das Ehrenamt brauchen. Keine Frage, es passt deshalb sehr gut dazu, das Ehrenamt in der Verfassung zu nennen.

Was für uns, die Liberalen, bekanntlich wichtig war: Wir wollten in der Verfassung – und genau dort – verankert haben, dass auch eine angemessene technische Infrastruktur landauf, landab zur Verfügung steht. Jetzt könnte man im ersten Moment meinen, das sei eine eher technische Frage. Man kann zuerst spontan die Frage stellen: Gehört so etwas eigentlich in eine Verfassung? Wir haben eine Formulierung mit einer übergreifenden Infrastruktur gefunden, die genau auf Themen wie entsprechende Internetzugänge zielt.

Wenn man in die Geschichte schaut – nehmen wir den Buchdruck als schlagendes Beispiel –, dann sieht man: Immer haben bestimmte neue Techniken in der Vergangenheit den Alltag gravierend beeinflusst und verändert und sich übrigens auch gravierend auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgewirkt. Weil die Lebensverhältnisse aller mit einer ordentlichen technischen Ausstattung zusammenhängen, ist uns dieser Punkt Infrastruktur so wichtig. Vor wenigen Monaten noch wurde das von Michael Theurer oder von Uli Rülke ganz stark hervorgehoben, und deshalb freuen wir uns natürlich jetzt, dass dieser Punkt auch in der Verfassung Berücksichtigung findet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden im Ausschuss sicher noch über Feinheiten sprechen, aber wir werden diesen jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschlägen letztlich zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, die drei Gesetzentwürfe Drucksachen 15/7178, 15/7378 und 15/7412 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 3 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 134. Sitzung am 15. Juli 2015 das Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes beschlossen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Nach diesem Gesetz ist ein Parlamentarisches Kontrollgremium einzurichten, dem die Kontrolle der Landesregierung gemäß § 15 Absatz 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz obliegt.

Nach § 15 a Absatz 1 Satz 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes wird das Parlamentarische Kontrollgremium aus der Mitte des Landtags gewählt. Der Landtag bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

Die Fraktionen sind übereinkommen, dass sich das Parlamentarische Kontrollgremium bis zum Ende der 15. Wahlperiode und zur Neuwahl des Gremiums für die 16. Wahlperiode aus elf Mitgliedern zusammensetzt. Nach § 15 a Absatz 1 Satz 4 des Landesverfassungsschutzgesetzes wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der im Landtag vertretenen Fraktionen liegt auf Ihren Tischen (*Anlage*). Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

Ich schlage vor, über diesen Wahlvorschlag offen abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt.

Ich gratuliere ganz herzlich zu der Wahl und wünsche den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Aufgabe.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, dass das Parlamentarische Kontrollgremium künftig das Gremium nach Artikel 10 GG ersetzen wird. Den ausscheidenden Mitgliedern des Gremiums nach Artikel 10 GG danke ich für ihre geleistete Arbeit.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Kommunen werden bei regionaler Schulentwicklung gegeneinander ausgespielt – Regionale Schulentwicklung auf der Laichinger Alb – Drucksache 15/5225 (Geänderte Fassung)

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Deshalb kommen wir zum Ende der heutigen Tagesordnung. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 30. September, um 10:00 Uhr statt.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 13:00 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das nach dem Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes erstmals beim Landtag eingerichtet wird

Zur Wahl werden folgende Abgeordnete vorgeschlagen:

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
Mitglieder:			
Thomas Blenke Dr. Bernhard Lasotta Volker Schebesta Karl Zimmermann	Jürgen Filius Daniel Andreas Lede Abal Hans-Ulrich Sckerl	Sascha Binder Nikolaos Sakellariou Florian Wahl	Dr. Ulrich Goll
Stellvertretende Mitglieder:			
Bernd Hitzler Bettina Meier-Augenstein Dr. Stefan Scheffold Guido Wolf	Petra Häffner Wilhelm Halder Alexander Salomon	Thomas Funk Rainer Hinderer Ernst Kopp	Niko Reith

22. 09. 2015

Guido Wolf und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion